

Posener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 Thlr.
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Zusätze
(1) Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Wettlämmer verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 24. Februar. Se. R. G. der Prinz-Regent haben, im Namen
Se. Majestät des Königs, Allernachst geruht: In Stelle des nach Koblenz
versetzten Regiments- und Medizinalraths Dr. Schaper, den Kreisphysikus
Dr. Walz zu Königsberg i. Pr. zum Regiments- und Medizinalrath bei der
R. Regierung zu ernennen; und die anderweite Wahl des bisherigen Provin-
zial-Landchirurgen- und Feuerzettelraths Directors von Gralath auf Salm zum
Landchirurgen- und Feuerzettelrath-Director des Danziger Departements für die
Zeit vom 1. Januar 1859 bis ult. Dezember 1864 zu bestätigen; auch dem Di-
rector der Staats- und Kassen-Abtheilung im Finanzministerium, Wirklichen
Geheimen Ober-Finanzrath Horn, die Erlaubnis zur Anlegung des von des
Kaisers von Rußland Majestät ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens erster
Klasse zu ertheilen.

Der Notar Johann Peter Edmund Kechel zu Gupen ist vom 1. April
d. J. ab in den Friedensgerichtsbezirk St. Johann, im Landgerichtsbezirk Saar-
brücken, mit Anweisung seines Wohnsitzes in St. Johann, versetzt worden.

Der Religionslehrer H. H. an dem katholischen Gymnasium zu Oppeln ist
zum Oberlehrer befördert worden.

Angekommen: Se. Erz. der General-Lieutenant und Kommandeur der
9. Division, von Schöler, von Gr. Glogau.

Abgereist: Se. Erz. der Herzoglich anhalt-Desauische Staatsminister
und Wirkliche Geheime Rath, von Plog, nach Dessau.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, 22. Febr., Abends. In der heutigen Sitzung
des Unterhauses jagte Lord Palmerston, daß er am künftigen
Freitag die Aufmerksamkeit des Hauses auf die kontinen-
talen Zustände lenken wolle, wofür die Regierung nicht
schon früher Beruhigendes in Betreff des Friedens mit-
theilen könne.
(Eingeg. 23. Februar, 6 Uhr Abends.)

Dresden, Mittwoch, 23. Februar. Nachmitt. Das
so eben erschienene „Dresdner Journal“ meldet in einer De-
pesche aus Paris, daß Lord Cowley sich von London nach
Wien begibt.

Frankfurt a. M., Mittwoch 23. Februar. Die hie-
sigen Journale melden aus Wiesbaden vom gestrigen
Tage, daß die dortige Kammer das Militärbudget im Hinblick
auf die Kriegsgefahr auf Antrag des Prinzen Nicolaus ein-
stimmig angenommen habe.

London, Mittwoch, 23. Februar. Die „Times“
und der „Morning Chronicle“ billigen die im Unterhause von
Lord Palmerston für künftigen Freitag in Betreff der konti-
nentalen Zustände angekündigte Diskussion als zeitgemäß und
hoffen, daß Lord Palmerston nicht aus bloß engherziger Par-
teipolitik handle.
(Eingeg. 24. Febr., 9 Uhr Vorm.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 23. Febr. [Die Situation;
der Oberkirchenrath und das Ehegesetz; Taufzeugen
aus England.] Der Wind an unsrer Börse hat sich wieder ein-
mal gedreht, und der heutige Kurszettel macht ein so heiteres Ge-
sicht, als ob der politische Himmel schon voller Geigen hinge.
Dieses plötzliche Aufklaren des Vertrauens hat seinen andern
Grund, als die Grundlosigkeit der Entmutigung während der
ersten Tage dieser Woche. In den Thaten ist schlechterdings
Nichts verändert, und keine Nachricht von erheblicher Bedeutung
gibt einen Fingerzeig auf die Wahrscheinlichkeit der kommenden
Dinge. Die erste Schlacht zwischen Oesterreich und Frankreich wird
auf diplomatischem Boden, nämlich auf der Pariser Konferenz und
zwar in Betreff der rumänischen Hospodarenwahlen geliefert wer-
den. So viel bis jetzt bekannt, halten sich in der europäischen Di-
plomatie die Freunde und die Gegner der rumänischen Unionspartei
noch die Waage, und man hofft, daß es dem versöhnlichen Einflusse
Englands und Preußens gelingen werde, irgend einen Mittelweg
zu finden, welcher die nationale Partei in den Donaufürstenthümern
und ihre speziellen Schutzmächte, Frankreich und Rußland,
bedeutend, ohne der Pforte und Oesterreich zu schwere Opfer zu zu-
muthen. Wenn man aber auch diese Angelegenheit und die Donau-
schiffahrtsfrage noch obenein zur glücklichen Erledigung bringen
sollte, dann bleibt immer noch die Haupt Schwierigkeit ungelöst: die
italienische Frage, an deren äußerster Verwickelung die Staats-
lenker Frankreichs und Sardiniens mit vereinten Anstrengungen
zu arbeiten scheinen. Es ist zwar durchaus unwahr, daß der Kaiser
Napoleon angeblich von Wien ausgehende Vorschläge zur Verständi-
gung über die streitigen Verhältnisse als ungenügend zurückge-
weisen habe (das Wiener Cabinet hat seine Vorschläge noch gar
nicht formulirt); aber wie sich die Forderungen der französischen
Politik steigern, ist von da heraus ersichtlich, daß selbst die ministe-
riellen Pariser Zeitungen ganz ungeschweht und nachdrücklich von
einer „Revision der Verträge“ sprechen. — Man glaubt hier, daß
der Konflikt, welcher jüngst zwischen dem Prediger Büchel und der
obersten kirchlichen Behörde zu Tage getreten ist, wesentlich zur Be-
schleunigung der Maßnahmen beigetragen hat, welche sowohl von
Seiten der Staatsregierung als von Seiten des Oberkirchenraths
getroffen worden sind, um eine Art von Kompromiß zwischen
Kirche und Staat herbeizuführen. Der Erlaß des Ober-
kirchenraths vom 15. v. Mts. ist auch insofern von großer
Wichtigkeit, als derselbe im Allgemeinen eine Zustimmung zu
dem neuen Ehegesetze ausdrückt. — Es gilt für gewiß, daß

Prinz Albert aus England zur Taufe seines Entels nach Ber-
lin kommen wird; doch ist es auch nicht ganz unwahrschein-
lich, daß die Königin Victoria selbst ihren Gemahl begleiten
werde. Selbstverständlich ist die Ausführung dieser Pläne
von der politischen Lage abhängig, da sowohl von Frankreich, als
vom Parlamente her über Nacht Stürme heranziehen können.

[Berlin, 23. Febr. Vom Hofe; Verschiedenes.]
Heute Vormittag 9 Uhr ließ sich der Prinz-Regent durch den Ge-
neral-Inspektor, General-Lieutenant v. Pender, diejenigen Kadet-
ten vorstellen, welche in einiger Zeit das Fähnrich-Examen ablegen.
Daran hatten mehrere Regiments-Kommandeure die Ehre, des
Empfanges; unter ihnen befand sich auch der Kommandeur des
8. Uhlanen-Regiments, Major v. Borcke, der mit einer Deputation
dieses Regiments hier eingetroffen ist, um morgen der Bestattung
des Oberst-Kammerers, General-Feldmarschalls, Grafen zu Dohna
beizuwohnen, welcher Chef dieses Regiments gewesen. Wie schon
gemeldet, findet das Leichenbegängniß morgen Vormittag 10 Uhr
vom Dome aus statt, in welchem zuvor eine Trauerfeierlichkeit ab-
gehalten wird, wobei der königliche Domchor die Gesänge auffüh-
ren wird. — Heute Vormittag arbeitete der Prinz-Regent mit dem
Minister v. Arnim, der einige Tage etwas unpäßlich war, und
mit dem Minister v. Schleinitz, und ließ sich dann noch von dem
Geheimrath Maltz vortragen. Später empfing Gchsderselbe
noch den Ober-Generalkommissar Baron v. Stillfried und den
Hausminister v. Massow. — Gestern war die dritte Soirée beim
Finanzminister v. Patow; die Frau Prinzessin Karl, der Prinz und
die Frau Prinzessin Friedrich Karl, die Prinzen Friedrich, Alexan-
der und Albrecht, der Prinz August von Württemberg, der Prinz
zu Hohenlohe-Ingelfingen und andere fürstliche Personen wohnten
derselben bei; außerdem waren die Minister v. d. Heydt und Graf
Pückler und sehr viele Landtagsmitglieder anwesend. Die Soirée
dauerte nur von 9 bis 1/2 12 Uhr, da wegen des Ablebens des
Oberst-Kammerers re. Graf zu Dohna kein Tanz stattfand. Heute
gab der dänische Gesandte Baron v. Brockdorff ein diplomatisches
Diner; morgen findet ein solches bei dem russischen Gesandten
Baron v. Budberg statt. Am Freitag werden die Mitglieder der
königl. Familie beim Prinzen August von Württemberg diniren,
und am Sonnabend wollen die hohen Herrschaften nach Potsdam
fahren, um daselbst der theatralischen Vorstellung beizuwohnen,
welche das Offizierkorps im dortigen Kasino veranstaltet; es ist
dies eine Wiederholung der Aufführung, welche dort bereits am 5.
v. M. vor dem Prinz-Regenten stattgefunden hat. — Zur Taufe
des neugeborenen Prinzen wird jetzt bestimmt der Großvater aus
London erwartet. — In diesen Tagen kommt unser bisheriger Ge-
sandter am russischen Hofe, v. Werther, aus Petersburg hier an, um
sich nach kurzem Aufenthalt auf seinen neuen Posten in Wien
zu begeben. — Bei dem Fürsten Radziwill ist heute eine Soirée,
in welcher die sämtlichen Mitglieder der königlichen Familie er-
scheinen wollen. — Das Opernhaus ist heute geschlossen, weil eini-
ge Opernmitglieder plötzlich erkrankt sind und die Tochter des
Regiments „dorum nicht aufgeführt werden konnte.“

[Motive zum Ehegesetz.] Die Motive zu dem Entwurfe eines Ge-
setzes, das Eherecht betreffend, lauten: Die Veruche der Regierung, das Ehe-
scheidungsrecht des Allgemeinen Landrechts zu reformiren, haben in den Land-
tagsitzungen der Jahre 1854—1855 und 1856—1857 zu keinem befriedigenden
Abschlusse geführt. Bei den ersten und umfassenden Beratungen, welche dem
Gesetzentwurfe in der Landesvertretung gewidmet worden sind, ist jedoch das Be-
dürfnis der Reform an sich nicht verneint worden, und die Regierung hat um so
mehr geglaubt, an der Absicht derselben fest halten zu müssen, als auch die Be-
stimmungen des Allgemeinen Landrechts über die Ehegesetze einer Ergänzung
bedürfen. Der vorliegende Gesetzentwurf umfaßt beide Gebiete: das des Ehe-
scheidungsrechts, wie das des Ehegesetzes. Seine Motivierung wird sich um so
mehr auf das Allgemeinen Landrecht beschränken dürfen, als in den Landtagsver-
handlungen der vergangenen Jahre ein so reiches Material über den Gegenstand
niedergelegt ist, daß Jeder, der den Stoff eingehender durchdringen will, auf
jene Quelle verwiesen werden muß. — Eingang des Gesetzes. Der Ein-
gang des Gesetzentwurfs erklärt die Bestimmungen desselben für diejenigen Lan-
destheile anwendbar, in denen das Landrecht und die Allgemeine Gerichtsord-
nung gelten. Denn in Bezug auf das Ehescheidungsrecht hat sich das Bedürf-
nis einer Reform nur für diese Gebiete geltend gemacht. Hinsichtlich des Ehe-
scheidungsrechts sollen dagegen die in dem Entwurfe enthaltenen Vorschriften auch
in denjenigen Landestheilen zur Anwendung kommen, in denen gemeines Recht
gilt, während in der Geltungsbereich des Rheinischen Civilgesetzbuchs das Be-
dürfnis einer Reform weder für das Ehescheidungs- noch das Ehegesetzs-
recht obwaltet.

Titel I. Von Eheverträgen. §§. 1 und 2. Form der Eheverträge.
Nach §. 136. Theil II. Titel 1 des Allgemeinen Landrechts wird eine vollgültige
Ehe durch die priesterliche Trauung vollzogen. Diese Bestimmung, nach welcher
eine rechtsgültige Ehe nur durch die kirchliche Trauung entsteht, reicht, zumal
seit der der Kirche verbürgten Selbstständigkeit, nicht mehr aus, läßt vielmehr in
allen denjenigen Fällen eine Lücke im bürgerlichen Gesetze, wo diese zwar die
Ehe gestattet, die Kirche aber ihre Mitwirkung zur Schließung derselben verweigert.
Ein Zwang Seitens des Staates zur Herbeiführung jener Mitwirkung würde
mit dem Wesen der kirchlichen Trauung nicht minder unvereinbar sein, als er
mit der Freiheit der Kirche unvereinbar wäre. Es ergibt sich somit als
notwendig, daß diese Lücke in der bürgerlichen Gesetzgebung ausgefüllt und da-
durch die Möglichkeit geboten werde, daß überall, wo das bürgerliche Gesetz die
Ehe als zulässig gestattet, diese auch bürgerlich rechtsgültig eingegangen werden
könne. Es bieten sich hierzu verschiedene Wege dar. Die Gesetzgebung kann nach
dem Vorgange des französischen Rechtes die bürgerliche Eheverträge als die
eine vollgültige Ehe allein begründende gesetzliche Form erklären, das heißt, die
bürgerliche Eheverträge obligatorisch machen. Die Staatsregierung hat jedoch
von der Einführung dieses Weges absehen zu müssen geglaubt, weil die Ein-
führung der bürgerlichen Ehe, als obligatorische Form jeder Eheverträge nicht nur über
das Bedürfnis hinausgehen, sondern auch der Sitte und den Anschauungen der
Bevölkerung in den östlichen Provinzen durchaus zuwiderlaufen würde. Denn
eine geheiligte Liebung hat der kirchlichen Trauung, als Form der Eheverträge
in Preußen, eine so feste Stätte in der Sitte und in dem Herzen der Nation ge-
geben, daß eine Gesetzgebung, welche die bürgerliche Ehe als die allgemein notwendige
Form der Eheverträge einführen wollte, damit eine der Mehrheit der Bevölke-
rung widerstrebende Institution schaffen würde. Der vorliegende Gesetzentwurf
hat daher von dem Vorschlage der Einführung der allgemeinen bürgerlichen Ehe
nicht abgesehen, sondern, indem er in seinem §. 1 die kirchliche Trauung in
Gemäßheit des §. 136. Theil II. Titel 1 als die bestehen bleibende Form der
Eheverträge hinstellt, dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die Staatsregie-

rung, von der Auffassung ausgeht: es werde die kirchliche Trauung auch nach
dem Erlasse dieses Gesetzes nach wie vor die regelmäßige Form der Eheverträge
in Preußen sein und bleiben. Wenn der §. 2, nach dem Beispiele der englischen
Gesetzgebung, die bürgerliche Form der Eheverträge als eine neben der kirch-
lichen Trauung mögliche Form der Eheverträge zuläßt, so geschieht dies, damit
das bürgerliche Gesetz, wo es die Ehe gestattet, zur Geltung kommen könne, und
nicht ein illusorisches bleibe, wie es dies beispielsweise jetzt in allen den Fällen ist,
wo geschiedenen Personen, welche eine nach dem bürgerlichen Gesetze zulässige
zweite Ehe eingehen wollen, die kirchliche Trauung verweigert wird. Der §. 2 ver-
schafft, indem er bestimmt, daß, wo die kirchliche Trauung verweigert wird, die Ehe
mit bürgerlicher Rechtsgültigkeit vor dem Richter solle geschlossen werden können,
derjenigen Personen die Möglichkeit der Eheverträge, und somit dem bürger-
lichen Gesetze Geltung. Dieses würde jedoch dem wirklichen Bedürfnisse nicht in
vollem Umfange abhelfen, wenn es die Zulässigkeit der bürgerlichen Eheverträge
nur auf die Fälle beschränkte, in denen die Kirche die Trauung verweigert, d. h.
wenn es nur die Civil-Nothwehr einführen wollte. Denn es muß auch für diejeni-
gen Fälle vom bürgerlichen Gesetze Vorsehung getroffen werden, in welchen
solche Personen eine gesetzlich erlaubte Ehe eingehen wollen, die aus Gründen,
welche auf dem Gebiete ihres eigenen Gewissens liegen, und die sich deshalb
einer Kognition durch Andere entziehen, einwider die Organe der Kirche um Ge-
währung der Trauung nicht in Anspruch nehmen können, oder der von der Kirche
in Anspruch genommenen Trauung nicht theilhaftig werden. Die Verweisung
solcher Personen auf den ihnen allerdings freistehenden Austritt aus der Kirche
kann als ein richtiges Mittel zur Lösung dieser Art des Konflikts zwischen dem
bürgerlichen Gesetze und der Liebung der Kirche nicht anerkannt werden, weil es
nicht gerathen erscheint, Personen, die selbst ihre Angehörigkeit zur Kirche nicht
aufgeben wollen, aus derselben zu verstoßen, vielmehr muß es als eine berech-
tigte Anforderung an die Gesetzgebung anerkannt werden, daß sie eine Lösung
schaffe, welche die Rechte des Staates, wie die Interessen der Kirche gleich schon
indem sie dem bürgerlichen Rechte zu seiner Geltung verhelfe, die Kirche aber in
ihrer Liebung auf jenem Gebiete frei walten läßt, und ihr damit diejenige Unab-
hängigkeit gewährt, welche sie ihrem Wesen nach und nach der ausdrücklichen
Bestimmung der Verfassungsurkunde beanspruchen darf. Diese schonende Lösung
gibt der §. 2 in seiner Schlussbestimmung, indem diese, die Mitte zwischen der
nicht ausreichenden „Nothwehr“ und der über das Bedürfnis hinausgehenden
„obligatorischen Civilehe“ innehaltend, die Form der bürgerlichen Eheverträge
auch da nachläßt, wo die kirchliche Trauung nicht ermöglicht werden kann, weil
die Rupturanten sie aus Gründen, die in ihnen und in ihrem Gewissen liegen,
nicht in Anspruch nehmen zu können erklären. Daß auch bei so geschlossenen
Ehen, obgleich dieselben vor dem Gesetze als durchaus maßlos gelten müssen,
die Form der kirchlichen Trauung demnach doch noch nachgeholt werden
können, wenn die Ehegatten dies wünschen und die Kirche sich dazu herbeilassen
will, liegt in der Natur der Sache und hat im §. 9 eine ausdrückliche An-
erkennung gefunden. — §. 3. Aufgebot. Die Bestimmungen des Allgemeinen
Landrechts über das der kirchlichen Trauung notwendige vorhergehende Aufge-
bot sollen unverändert bestehen bleiben, und es werden deshalb die einschlägen-
den Vorschriften (Theil II. Titel I. §§. 138 u. 139 a. f.) ausdrücklich allegirt. Die
Vorschriften über das der bürgerlichen Eheverträge vorangehende Aufgebot sind
einer in Preußen bereits vorhandenen Gesetzgebung: über die Konstitution der
Civilstände einer nicht kirchlich vollzogenen Ehe, entnommen. Diese Vorschriften
haben sich als ausreichend bewährt, und empfehlen sich um so mehr zur Ueber-
nahme in das neue Gesetz, als sie sich an eine bereits bestehende, den Gerichten
vertraute Gesetzgebung anschließen. — §. 4. Form der bürgerlichen Eheverträge.
Die hier vorgeschriebene Form, in welcher der Wille der Rupturanten: eine Ehe
schließen zu wollen, erklärt wird, ist feierlicher, als die in jener Gesetzgebung
enthaltenen, und entspricht mehr der Wichtigkeit und Bedeutung des Aktes. — §. 5. Notwendigkeit des per-
sönlichen Erscheins der Rupturanten. Die Bestimmung, daß die persönliche
Anwesenheit der Rupturanten vor dem Ehevertragsrichter ein Essentiale
der Formlichkeit bildet, ist dagegen ganz jener Gesetzgebung entnommen. —
§. 6. Anfangstermin der bürgerlichen Gültigkeit der Ehe. Da die vor dem Richter
eingezogene Ehe durch die Erklärung des beiderseitigen Willens der Ruptu-
ranten: daß sie fortan als zu einer wahren Ehe verbunden seien, und die damit
verknüpften Pflichten getreulich zu erfüllen geloben, konstituiert wird, so erscheint
es folgerichtig, den terminus a quo der bürgerlichen Gültigkeit einer solchen
Ehe von dem Zeitpunkte an zu berechnen, wo jene Erklärung abgegeben und
durch die Vollziehung der gerichtlichen Verhandlung in bindender Weise konstat-
tirt ist. — §. 7. und 8. Beglaubigung der abgeschlossenen Ehe durch Eintragung
in ein gerichtliches Register und öffentliche Glaube dieser Register und der dar-
aus erteilten Atteste. Die Beglaubigung der geschlossenen Ehe durch Eintra-
gung in ein gerichtlich zu führendes Register, und der diesen Registern und den
daraus ansorgefertigten Attesten beizulegender öffentlicher Glaube entspricht wieder-
um den Bestimmungen der bereits vorhandenen Gesetzgebung. — §. 9. Gebüh-
ren für den Civilakt. Es erscheint billig, daß die Gebühren für den Akt der
bürgerlichen Eheverträge nicht minder seien, als die Solgebühren für die
kirchliche Trauung, damit nicht etwa in den minderen Kosten ein Anreiz für die
bürgerliche Eheverträge gefunden werde. Eine ähnliche Rücksicht liegt der fer-
neren Bestimmung zu Grunde, daß, wenn der bürgerlichen Eheverträge dem-
nach die kirchliche Trauung nachfolgt die dem Gerichte gezahlten Gebühren
den Eheleuten zurückerstattet werden sollen. — §. 10. Formlichkeiten in Bezug
auf Aufgebot und Führung der Register. In Bezug auf das Aufgebot und die
Führung der Kirchenregister enthalten die bestehenden Gesetze mancherlei Vor-
schriften, welche auf das von den Gerichten vorzunehmende Aufgebot, und auf
die von diesen zu führenden Ehestands-Register in gleicher Weise anwendbar er-
scheinen. Eine spezielle Aufzählung jener, oft bloß reglementären, Vorschriften
in dem Gesetze erscheint um so weniger angebracht, als manche derselben provin-
zieller, andere bloß lokaler Natur sind, und es ist deshalb in Uebereinstimmung
mit dem §. 15 der Verordnung vom 30. März 1847 der bloß allgemeine Ein-
weis auf jene Vorschriften für ausreichend erachtet worden. — §. 11. Aufhebung
des Ehehindernisses wegen Ungleichheit des Standes. Nach §. 30. Theil I. Titel
1 des Allgemeinen Landrechts können Manns- und Weibspersonen aus dem Bauern-
oder geringeren Bürgerstande keine Ehe zur rechten
Hand schließen, es sei denn, daß drei ihrer nächsten Verwandten desselben Na-
mens und Standes darin willigen, und das Landes-Justizkollegium Dispensa-
tion erteilt (§. 32), oder, wenn diese Einwilligung nicht erbracht werden kann,
die Dispensation vom Landesherren unmittelbar erteilt wird (§. 33). Derglei-
che, wegen Ungleichheit des Standes verbotene Ehen werden, wenn sie ohne
die erforderliche Dispensation dennoch geschlossen werden, für nichtig angesehen
(§. 940 a. a. D.); sie bleiben nichtig, auch wenn das Ehehindernis in der Folge
gehoben werden könnte (§. 941); sie müssen von Anteworten getrennt werden
(§§. 950, 951), und es haben endlich die aus solchen Ehen erzeugten Kinder nicht
die Rechte vollgültig ehelicher Kinder, sondern nur die Rechte der Kinder aus
einer Ehe zur linken Hand (§. 56. Th. II. Tit. 2). Diese Bestimmungen des
Allgemeinen Landrechts, deren Aufhebung von der Staatsregierung bereits seit
dem Jahre 1809 beabsichtigt worden ist, sind weder mit den seit dem Erlaß des
Allgemeinen Landrechts wesentlich veränderten Verhältnissen der verschiedenen
Stände im Staate, noch mit den Bestimmungen der Verfassungsurkunde vom
31. Jan. 1850, insbesondere der dem Artikel 4 zu Grunde liegenden Absicht
vereinbar, und es erscheint deshalb als eine berechnete Anforderung an die Ge-
setzgebung, daß sie auf eine ausdrückliche Aufhebung jener absoluten, von den
Gerichten noch für geltend angenommenen Bestimmungen Bedacht nehme.
§. 12. Widerruflichkeit einer Ehe, welche vor zurückgelegtem 18. Jahre des
Mannes geschlossen ist. Der §. 37. Th. II. Tit. 1 des Allgemeinen Landrechts
bestimmt: „Manns- und Weibspersonen sollen vor zurückgelegtem 18. und Personen weib-
lichen Geschlechts vor zurückgelegtem 14. Jahre nicht heirathen.“ Der zu diesem
Paragraphen ergänzende Anhangs-Paragraph 66 ändert denselben dahin ab:
„Eine Ausnahme von dieser Regel findet dann statt, wenn das vormundschaft-
liche Gericht die Verbindung, der großen Jugend des männlichen Ausrandes un-

geachtet, für zuträglich hält, und die Braut und deren Vater sich eine Verbindung gefallen lassen, welche nach dem Landrechte Theil II. Tit. 1, §. 990 innerhalb 6 Monaten nach zurückgelegtem 18. Jahre widerrufen werden kann. Rann gleich die Bestimmung des Anhangs-Paragraphe der Natur der Sache nach nur wenig praktisch sein, so erscheint dieselbe doch an sich so ungerechtfertigt, so durchaus unvereinbar mit dem Wesen der Ehe, daß ihre Wiederaufhebung unzweifelhaft als eine Verbesserung des Landrechts anzusehen ist. Damit verläßt der Gegenstand das Gebiet der Ehe, und wendet sich im zweiten Titel dem der Ehegehung zu. (Schluß folgt.)

[Erlaß des Oberkirchenraths an die l. Konfistorien.] Der evangelische Oberkirchenrath hat unterm 15. d. M. einen Erlaß an die königlichen Konfistorien gerichtet: „Se. K. H. der Prinz-Regent haben uns unter dem 10. d. M. Folgendes Allergnädigst zu eröffnen geruht: (Hier folgt die bereits gestern mitgetheilte Allerhöchste Kabinetts-Ordre an den Oberkirchenrath.) In dem wir dem königl. Konfistorium diesen Erlaß mittheilen, bestimmen wir zugleich, daß Dasjenige, was darin in Betreff einer veränderten formellen Behandlung der Trauungs-Gesuche geschiedener Personen befohlen ist, von dem Tage des Empfangs der gegenwärtigen Verfügung an in Anwendung zu treten hat. (Den vollständigen Erlaß werden wir morgen mittheilen.)

[Die Privatbanken.] Die gleichlautenden Anträge, welche von den Direktionen der preussischen Privatbanken in Folge ihrer letzten hier im Dezember abgehaltenen Konferenz an die Staats-Regierung gerichtet worden sind, und die zur Zeit noch der Bescheidung harren, beziehen sich zwar auf verschiedene Punkte, legen aber in erster und vorderster Reihe das volle Gewicht auf die Bitte, den Noten der Privatbanken in gleicher Weise, wie dies denen der preussischen Bank gewährt ist, die Berechtigung der Annahme bei allen öffentlichen Kassen zuzugestehen. Da über dieses Petition die ressortmäßige Entscheidung zunächst dem Finanzminister zusteht, sein Votum innerhalb des Staatsministeriums wenigstens dabei vor. Allen maßgebend sein dürfte, Herr v. Patow aber bei früheren Gelegenheiten sich stets zu Gunsten der rechtlichen Gleichstellung der verschiedenen in Preußen konzeffionirten Bankinstitute ausgesprochen hat, so ist mit Absicht der Schwerpunkt der Entscheidung auf ein Gebiet hingedrängt worden, wo er zunächst abzuurtheilen hat. Es wäre für die Privatbanken schon viel mit einer Bewilligung, dieses ihres Antrages gewonnen, und es sind demselben auch schwerlich gegründete Bedenken entgegenzustellen; allein die uns über die an maßgebender Stelle vorherrschenden Ansichten zugehenden Nachrichten lassen die Gewährung des Antrages nicht als wahrscheinlich erscheinen. Es entspringt, so glauben wir, daher für die Volksvertretung eine vermehrte Veranlassung, die Regelung dieser Angelegenheit in energischer Weise von Neuem anzuregen. Es würden die Abgeordneten, die mit bestimmten Anträgen in dieser Frage vorgingen, sich wenigstens gewiß ein größeres Verdienst um die Förderung der materiellen Interessen erwerben, als dies zur Zeit mit den tagtäglich in unbestimmbarer Zahl eingebrachten ansichtslosen Anträgen für hundertfache Eisenbahn-Projekte geschieht. (B. B. Z.)

Danzig, 23. Febr. [Zur Marine.] Zu den bereits mitgetheilten Marine-Nachrichten bringt die „D. Z.“ noch folgende Mittheilungen: Bei den jetzt stattgefundenen Proben der Maschine Sr. Majestät Schrauben-Korvette „Arcona“ hat vor einigen Tagen der eine, und nun auch der andere Cylinder einen Riß erhalten, und müssen dieselben durch neue von der Gesellschaft Cockerill zu Lüttich ersetzt werden, welcher hierdurch ein bedeutender Schaden erwächst. In Folge dessen und da auch an Sr. Majestät Fregatte „Iphis“ sich bedeutendere Reparaturen als nothwendig nachträglich herausgestellt haben, als anfänglich vorausgesehen war, dürfte eine Instandsetzung genannter Schiffe wohl nicht vor Ende Juni erfolgen. Die Instandsetzung des letztgenannten Schiffes schreitet übrigens rüstig vorwärts, und wird die Fregatte heute in die Trockendock gehen, um daselbst die Vollendung eines Theils ihrer Reparatur und neue Verkupferung zu erhalten. Dem Vernehmen nach wird auch der Schooner „Frauenlob“ an der beabsichtigten größeren Expedition Theil nehmen, während schon früher das Schulschiff „Mercur“ und der Schooner „Hela“, beide mit einer Anzahl Schiffsjungen am Bord, nur auf hiesiger Rhede oder in nächster Nähe kreuzen werden.

Elberfeld, 22. Febr. [Petition.] Die Vorstände der Anstreicher-, Bäcker-, Bauhandwerker-, Schneider-, Schreiner-, Schuster- und Weber- und Wirkermeister-Innungen von Elberfeld haben dem Hause der Abgeordneten eine Petition um Revision der Allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 und des Gesetzes vom 9. Februar 1849 überliefert.

Königsberg, 22. Febr. [Uebersiedelung schlesischer Feldarbeiter.] Am dem seit einigen Jahren hervorgetretenen fühlbaren Mangel an ländlichen Arbeitern, welcher namentlich durch die in den letzten Jahren in Angriff genommenen Eisenbahnbauten noch vermehrt worden, abzuheben, hat der Direktor der höheren landwirthschaftlichen Schule zu Baldaun, Dekonomie-Rath Settegast, dem hiesigen Landrathsamte die Offerte gestellt, die Uebersiedelung von gelbten schlesischen Feldarbeitern vermitteln zu wollen, falls eine erhebliche Anzahl derselben hier und im Umkreise Beschäftigung finden sollte. Dieses Anerbieten ist von dem Landraths-Amte angenommen worden, und hat dasselbe bereits die Besitzer des Kreises zur Angabe, ob und in welcher Zahl dergleichen schlesische Arbeiter, und zu welchen Verrichtungen, verlangt werden, erlucht. Die schlesischen Arbeiter sind als fleißig und ausdauernd rühmlichst bekannt, und werden dieselben namentlich bei Eisenbahn- und Chauffeebauten auch in andern Provinzen besonders wegen ihres Fleißes und ihrer Genügsamkeit gern beschäftigt.

Magdeburg, 22. Febr. [Feuersbrunst.] In der Nacht vom 18. zum 19. d. brannte in der Petersstraße der Neuen Neustadt das zur dortigen Wandsfabrik gehörige Färbereigebäude der Herren Pfeiffer und Schmidt ganz nieder, und wenn es ein Glück zu nennen ist, daß das Feuer bei dem starken Winde nicht weiter um sich gegriffen hat, so hat es dennoch ein desto größeres Unglück veranlaßt. Drei Arbeiter, sämtlich Familienväter, sind nämlich, indem sie beschäftigt waren eine Presse von dem Boden des Gebäudes zu retten, durch den plötzlich erfolgten Einsturz desselben vollständig unter den Trümmern begraben worden und nur einer konnte lebend, aber schwer verletzt hervorgezogen, und in das Krankenhaus gebracht werden, wo er ebenfalls bald seinen Geist aufgab.

Oderberg (i. d. M.), 22. Febr. [Verheerungen durch Sturm.] Der Sturm, welcher in der Nacht vom 18. zum 19. d.

mit einer Heftigkeit gewüthet, wie die ältesten Leute sich dessen nicht entsinnen können, und mit welchem plötzlich von Neuem wieder der Frostwetter eingetreten ist, hat in hiesiger Gegend ungeheuren Schaden angerichtet. In den Wäldern sind die stärksten Bäume massenhaft theils mit den Wurzeln aus der Erde gehoben, theils mitten durchbrochen, und häufig die Bruchtheile weit weggeschleudert worden. Viele Gebäude sind stark beschädigt. Am schlechtesten sind die Windmühlen weggenommen. Aus hiesiger Umgegend allein sind 10–12 Windmühlen bekannt, die zum Theil gänzlich umgeworfen, zum Theil so stark beschädigt sind, daß sie kostspieliger und zeitraubender Reparaturen bedürfen, ehe sie wieder gangbar werden. Selbst eine Mühle bei der hiesigen Stadt sieht so verstümmelt aus, als hätte sie den stärksten Kugelregen ausgehalten. Die Flügelthüren hatte der Wind wie Strohhalme 2–300 Schritte weit fortgeweht.

Destreich. Wien, 22. Febr. [Die Fürstenwahl in den Donaufürstenthümern.] Briefe aus Paris melden, daß die französische Regierung entschlossen sei, die Legalität des Verfahrens in der Walachei nicht zu vertreten. Man berichtet, Lord Cowley habe sich bereits hierüber Gewißheit verschafft, gleichwohl aber in seinen Berichten an das Foreign Office die Nothwendigkeit ausgesprochen, die Beschlüsse der beiden Nationalversammlungen zu sanktioniren. Wenn ich die Auffassung hiesiger maßgebender Kreise richtig beurtheile, so ist man bereits zu dem Entschlusse gekommen, aus der moldau-walachischen Angelegenheit keine Kriegs- und Friedensfrage zu machen. Wenn die Mehrheit der Konferenzstaaten für die Genehmigung der Doppelwahl sein sollte, und so viel bekannt, werden nicht nur Rußland und Frankreich dafür stimmen, sondern auch England und Preußen derselben aus dem Gesichtspunkt der vollendeten Thatfachen das Wort reden, so scheint man hier entschlossen, die Schwierigkeiten durch Festhalten am Buchstaben und Geist der Konvention nicht zu vermehren. (B. B. Z.)

[Die kriegerischen Vorkehrungen in dem lombardisch-venetianischen Königreich.] nehmen ihren ungehörten Fortgang. An den Festungswerken um Verona, so wie an den Fortifikationen bei Benedig und längs der Küste wird mit großem Eifer gearbeitet, eben so sind die Pomündungen besetzt worden. Die Lagunen-Flotille ist komplett, und ein Theil derselben an den Pomündungen stationirt worden. Ende der letzten Woche sind auf der Südbahn Geschütz- und Munitionstransporte nach Triest und Benedig abgegangen. Die neuen Fortifikationen bei Benedig werden durchgehends mit dem schwersten Geschütz versehen, und wird dadurch jede Annäherung feindlicher Schiffe unmöglich gemacht, da sie ein furchtbares Kreuzfeuer zu passiren hätten, welches sie unfehlbar vernichten würde. In militärischen Kreisen erzählt man sich, daß der Kaiser im Laufe der nächsten Zeit in Triest und Verona erwartet werde. S. M. L. v. Schlitter soll die diesfällige Nachricht dem Grafen Gyulai überbracht haben. (B. B. Z.)

Mailand, 16. Februar. [Die Universität Pavia.] Die „Gazzetta ufficiale di Milano“ meldet, der Erzherzog Generalgouverneur habe angeordnet, daß die Studirenden, welche in Pavia Jurisprudenz studirten, ihre Studien daselbst wieder fortsetzen dürfen, und daß sie von dem Militärdienst befreit sein sollen. Die früheren Beschränkungen, von denen sie betroffen waren, sind gänzlich aufgehoben worden.

Frankfurt, 21. Febr. [Sistirung des Rehl-Brückenbaues.] Hier eingetroffene Handelsbriefe aus Rehl melden, daß dieser Tage plötzlich der Fortbau der stehenden Brücke zwischen Rehl und Straburg eingestellt worden ist und die Arbeiter entlassen sind. (R. Z.)

Hamburg, 22. Febr. [Intoleranz.] Ein Vorfall, der sich vor einigen Tagen hier in Hamburg ereignet hat, macht große Sensation. Es handelte sich um das Begräbniß der Frau v. Strang, einer Katholikin. Der Gemahl derselben, Hr. v. Strang, Mitglied des hiesigen Stadttheaters, war von seiner ersten Frau gerichtlich geschieden worden. Als er sich jetzt mit der verstorbenen Emma Reméth vermählen wollte, verweigerte der katholische Geistliche die Einsegnung, da das katholische Dogma die Ehe für unlösbar erklärt, demnach Herr v. Strang in ihren Augen noch für einen Ehe-mann galt. Derselbe hatte sich nun durch einen protestantischen Prediger trauen, von den beiden aus dieser Ehe entsprossenen Knaben aber den älteren aus Rücksicht auf seine Gattin katholisch taufen lassen. Frau v. Strang starb nun kürzlich im Alter von 29 Jahren so schnell, daß keine Zeit übrig blieb, wegen der letzten Delung nach dem Geistlichen zu schicken. Nach dem Tode seiner Gattin ließ jedoch Hr. v. Strang den katholischen Geistlichen bitten, die Leiche vor der Beisetzung einzusehen, was dieser aber entschieden mit der Erklärung verweigerte, weil Frau v. Strang einem protestantischen Manne angehöre, der von einer Frau geschieden worden sei, sie also für eine Exkommunikirte angesehen werde. Auf die wiederholte Bitte des trauernden Gatten erhielt er die Antwort, daß es bei der Weigerung sein Bewenden habe. (R. Z.)

Holstein. Speyer, 21. Febr. [Petitionen; Verlängerungsfrist.] Unter den in der heutigen Sitzung eingegangenen Schriftstücken befinden sich 15 Petitionen aus Neudöbber, betreffend die von der Regierung beabsichtigte Errichtung neuer Befestigungswerke, so wie 243 Petitionen in der Verfassungssache. — Vor dem Uebergang zur Tagesordnung machte der königliche Kommissar die Anzeige, daß der König der Ständeverammlung auf ihr desfallsiges Gesuch eine weitere Frist für ihre Verhandlungen, und zwar bis zum 21. März zu ertheilen geruht habe (die Versammlung hatte bekanntlich eine Verlängerung der Session um drei Wochen erbeten).

Großbritannien und Irland.

London, 21. Febr. [Tagesbericht.] Die „Times“ schreibt: „Lord Cowley, der Botschafter Ihrer Majestät am Hofe des Kaisers Napoleon, ist am Sonnabend Abend, einer Aufforderung des Kabinetts Folge leistend, von Paris aus in London eingetroffen. Wie wir hören, lauten die in den letzten Paar Tagen vom Festlande aus eingelaufenen Berichte keineswegs beruhigend. Lord Cowley wird in ein Paar Tagen auf seinen Posten zurückkehren. Wir brauchen unsere Leser nicht daran zu erinnern, daß die Konferenz wegen der Donaufürstenthümer demnächst in Paris tagen wird, daß Lord Cowley höchst wahrscheinlich nur deshalb nach London beschiefen worden ist, um Instruktionen in Betreff seiner Haltung als Bevollmächtigter auf der Konferenz zu empfangen.“ — In ihrem Cityberichte schreibt die „Times“: „Wie uns aus Turin gemeldet wird, hat die Herzogin von Parma einen Vertrag mit der Wiener Regierung abgeschlossen, welchem zufolge sie österreichischen Truppen gestattet sein soll, im Kriegs-falle sämtliche Festungen des Herzogthums zu besetzen. Damit scheinen die

Gerüchte über ein etwa mögliches Bündniß zwischen Parma und Piemont ihre Widerlegung zu finden.“ — Antifischen Berichten zufolge betrug der Werth der Ausfuhr aus dem vereinigten Königreich Großbritannien und Irland nach den australischen Kolonien während des verflossenen Jahres 10,464,198 Pfd. St., während er sich im vorhergehenden Jahre auf 11,632,524 Pfd. St. belief. Zu den Hauptartikeln gehören Metallwaaren mit Einschluß von Maschinen (1,381,905 Pfd. St.), Leder- und Sattlerwaaren (1,143,424 Pfd. St.), Kleidungsstücke (1,112,144 Pfd. St.), Kurzwaaren und Galanteriewaaren (803,982 Pfd. St.), Bier und Spirituosen (671,300 Pfd. St.) u. s. w. — Auf den Westren zu Chatham ist ein sehr schönes Geschütz aus China angekommen, welches bei Erstürmung der Forts an der Bocca Tigris von den Engländern genommen wurde. Das Rohr ist 16 Fuß lang, und die Weite der Bohrung beträgt 12 1/2 Zoll. Eine andere erbeutete Kanone gleicher Art sollte ebenfalls nach England gebracht werden, ging aber unterwegs verloren, indem sie über Bord fiel. — Unlängst sind viele Beichname aufgefunden worden aus der Schlacht bei Marston Moore (im Jahre 1644) unweit York; durch die Kraft des Moorwassers sind die Leichen zum Theil unverändert erhalten worden. — Bei Hofe war vorgestern Tafel. Der französische Gesandte sammt Gemahlin, Lord und Lady Derby, der Lord-Kanzler sammt Gemahlin, Lord Lyons und der Herzog von Cambridge befanden sich unter den Gästen. — Lord Lyons, der Nachfolger Lord Napier's in Washington, begiebt sich von Liverpool heute auf seinen Posten. — Heute Morgens ist hier die Nachricht vom Tode des Herzogs von Buckingham eingetroffen. Er war im Jahre 1797 geboren. — Sir J. Ramsden ist heute ohne Opposition für den Westriding von Yorkshire gewählt worden. — In Irland wird das Lager von Currah abgebrochen. Sir Richard England und Generalmajor Chaffertou sind aus Irland abberufen, und damit sind die Vorkehrungen zur Verminderung der in Irland stehenden Armee eingeleitet.

[Ueber die Karte von Europa im Jahre 1860] schreibt man der „R. Z.“ von hier: „Was die den Titel: Europa im Jahre 1860, führende Karte, anbelangt, die Euch Leuten auf dem Kontinent nicht wenig Kopfbrechens und Sorge zu machen scheint, deren Verkauf drüben hauptsächlich von Paris aus betrieben und deshalb fälschlich mit dortigen Vorgängen in Verbindung gebracht wird, so bin ich in der Lage, Ihnen als ein Faktum mitzutheilen, daß dieselbe einfach eine kommerzielle Spekulation ist, ein Hoar oder, wenn Sie wollen, ein Humbug, eine Beutelschneiderei. Die Karte ist bei einem gewissen Edward Stenford herausgekommen, einem unternehmenden Kartenhändler, der alte Platten ankauft und sie dann bei passender Gelegenheit als etwas Neues aufsticht. So z. B. hat derselbe vor ein paar Jahren die Platten des „Useful Knowledge Society Atlas“ angekauft, einer bekannten Serie von Karten, die zu ihrer Zeit recht gut waren, aber schon vor einer langen Reihe von Jahren erschienen und nunmehr gänzlich veraltet sind. Als der Krieg in Indien ausbrach, legte er schnell die betreffenden Blätter dieses Landes mittels lithographischen Druckes zusammen und publizierte sie unter einem Titel, der es nicht ahnen ließ, daß sie die sehr alte „Useful Know. Soc. Map of India“ sei. Da dieser Atlas umfangreich ist, so giebt es kein Ereigniß, auf welches nicht dieses oder jenes Blatt passend gemacht werden könnte, und dann müssen die alten Blätter stets als neue Karten erhalten. Auf diese Weise hat er die bewußte Karte von Europa, wenn dieselbe auch nicht zu jenem Atlas gehörte, aus irgend einer schon vorhandenen, zu anderem Zweck bestimmt gewesenen Karte zugerichtet, bloß um dieselbe schneller absetzen zu können, was ihm auch auf dem Kontinent gelungen zu sein scheint, und vielleicht ist er der Einzige, der aus diesem so bedauerenswerthen Kriegsgerüchte einen pekuniären Vortheil zieht. Aus naheliegenden Spekulations-Gründen wird der Verkauf hauptsächlich von Paris aus betrieben, wozu noch kommt, daß wahrlich der einzige Agent, den Herr E. Stenford auf dem Kontinente hat, Herr Andrieux-Goujon daselbst ist.“

[Der französische Panamakanal.] Es ist hier folgende interessante Bekanntmachung erschienen:

„Monsieur Felix Belly, Konzeffionär des Nicaragua-Kanals ist am 17. mit dem „Parana“ abgegangen an der Spitze eines Stabes von 33 Personen, um von der Konzeffion Belly zu ergrreifen in Gegenwart der beiden Präsidenten Martinez und Mora, die sich zu dem Zwecke am 27. März in Rivas de Nicaragua einfinden werden. Mr. Belly geht nach Amerika als Direktor der Angelegenheiten der internationalen Kompagnie, in denen die Interessen Englands und der Vereinigten Staaten neben den französischen reichlich vertreten sind. Er ist begleitet von ausgezeichneten Persönlichkeiten; sein Sekretär ist Vasseur, früher französischer Geschäftsträger in Mexiko; Dr. Cartier begleitet ihn als Arzt, Durouch für das Bergwesen, Ericot als Ingenieur, der Prinz Camille Polignac als Privatsekretär. Eine zweite Expedition, bestehend aus englischen Hydrographen und Ingenieuren, ausgewählt von Mr. Lode, Mr. P., wird am 2. März folgen.“

Der Kongreß von Costa-Rica hat den Kontrakt ratifizirt; in Nicaragua bieten die Engländer Alles auf, die Ratifizierung zu hintertreiben. Erfolgt sie, so hat eine französische Gesellschaft das kontraktliche Recht, ihre Kanallinie im Falle der Gefährdung durch eigene Truppen zu schützen. Das ist, wie man sich in England nicht verheißt, ein zweites Suez und kein weniger bedenkliches. Uebrigens bewährt sich bei diesem Nicaraguakanal zur Verbindung des Atlantischen Ozeans mit dem Stillen Weltmeer jenes alte Sprichwort vom Dritten, welcher den Vortheil hat, wenn die Zweite sich schlagen. Der Kanal war lange von den Vereinigten Staaten beabsichtigt, wurde aber von Lord Palmerston noch dann hintertrieben, als man sich in Washington zu einer Verständigung mit der englischen Regierung herbeilassen wollte. In Louis Napoleon's Händen dürfte diese überaus wichtige Wasserstraße nicht weniger nachtheilig für England werden, als im Besitz der Vereinigten Staaten.

Frankreich.

Paris, 21. Febr. [Kriegsaussichten.] Man ist geneigt, die Reise des Lord Cowley nach London als ein kriegsverfündendes Symptom zu betrachten. Der Lord hat sich vergeblich bemüht, seine auf Erhaltung des Friedens gerichteten Vorstellungen persönlich bei dem Kaiser an den Mann zu bringen. Die Stellung des Grafen Bismarck ist so wenig gesichert, daß man mit jedem Tage seinen Rücktritt erwarten darf. Der Lord schließt aus diesen Umständen mit Recht, daß der Kaiser nicht geneigt ist, Gründen und Vorschlägen, welche eine friedliche Lösung der Streitfragen möglich machen, Gehör zu geben, und man glaubt, daß die Reise nach London den Zweck habe, dem britischen Ministerium über die Lage der Dinge ausführlich zu berichten und jede Illusion über die Vermeidlichkeit des Krieges zu zerstören. Die Herberufung des Herrn Latour d'Auvergne aus Turin bringt man mit dem bestimmten Willen des Kaisers, den Krieg hervorzuufen, oder doch, wenn er sich darbiete, sofort zu ergreifen, in nächste Verbindung. General Niel, der schon jetzt das militärische Frankreich und die kriegerischen Tendenzen desselben am Hofe in Turin repräsentirt, wird, wie man genau wissen will, auch formell als Gesandter nach piemontesischen Hofe beglaubigt werden. Von Seiten der Regierung geschieht Alles, um die Antipathien, welche im Lande gegen den Krieg vorhanden sind, zu beseitigen. Außer dem Rundschreiben des Ministers

Delangle an die Präfekten sind noch andere Schritte geschehen, um die Presse auf den Ton der Erhabenheit zu stimmen, von welcher die Thronrede vom 7. Februar nach den Versicherungen des ministeriellen Rundschreibens getragen ist. Alle Departementaljournalen wissen nur von dem Ruhme der französischen Waffen und Taten zu schreiben, und die niederen Interessen, welchen sie vor Kurzem noch ein so großes Gewicht beilegte, bleiben ganz unberücksichtigt. Inzwischen ist der Handel in allen Departements ins Stocken gekommen, die Fabriken stehen leer, in Rouen, in Mülhausen, in Evon, in St. Etienne feiern mehr als zwei Drittel der Arbeiter. Die Bestellungen älteren Datums sind ausgeführt, fast alle großen Aufträge, welche kurz vor Neujahr und nach Anfang des Jahres eingingen, sind zurückgezogen. (Bf3.)

[Die italienische Frage.] Wie es heißt, ist ein päpstliches Memorandum auf dem Wege nach Paris, welches den in der Lagueronniere'schen Broschüre enthaltenen Konföderationsplan zu widerlegen bestimmt ist. Alle Nachrichten aus Rom stimmen darin überein, daß das Kardinalskollegium nicht allein von den kühnen Entwürfen der französischen Kriegspartei nichts wissen will, sondern überhaupt auch keine großen Konzessionen in Beziehung auf die weltliche Regierung des Kirchenstaates zu machen geneigt ist. Die Mehrzahl der Kardinäle hat durchaus nichts dagegen, von der Gegenwart der Oesterreicher und Franzosen befreit zu werden, aber ohne irgendwelche Gegenbedingung und in der sichern Erwartung, daß beide auf den ersten Hülfesruf wieder herbei eilen. Nun grenzt Oesterreich an den Kirchenstaat und kann in jedem Augenblick einschreiten, während Frankreich das Meer zu durchkreuzen hat. Auch dürfte selbst die französische Friedenspartei nicht geneigt sein, dem Kaiser zu rathen, ohne vorgängige Einführung von Reformen Rom zu räumen. Die Hauptsache wird unter diesen Umständen die Haltung der neutralen Mächte sein; wenn die römische Regierung mit einiger Sicherheit darauf rechnen könnte, daß Oesterreich unbedingt von den anderen Mächten unterstützt wird, so würde sie jedenfalls allen Forderungen einer Reform widerstehen. England scheint in der That einen neuen Schritt gethan zu haben, welcher der österreichischen Politik wenigstens indirekt Vorstoß leistet. Lord Comley soll nämlich hier erklärt haben, daß das englische Kabinet nicht recht klar die Politik des Kaisers zu durchschauen vermöge und deshalb für alle Fälle seine Flotte im Mittelmeer verstärken müsse. Die Bestätigung dieser Nachricht wird zwar abzuwarten sein; inzwischen aber deuten so manche Symptome darauf hin, daß wir uns hier in einer Krisis befinden, welche ehestens zum Austrag kommen muß. Hiermit in Verbindung stehen denn auch die immer wiederkehrenden Gerüchte von Ministerveränderungen. Natürlich bildet das auswärtige Ministerium den Mittelpunkt dieser Gerüchte; Graf Walewski würde, wenn die freigerischen Tendenzen durchdringen, einer Persönlichkeit weichen, welche dieselben bestimmter betonte. (N. 3.)

[Tagesbericht.] Den neuesten Berichten aus Algerien zufolge ist General Mac Mahon damit beschäftigt, nach Abgang der Division Renault eine neue aktive Division zu bilden, der als Quäntors die Fremdenlegation einverleibt werden soll. Die Aufregung ist unter den Offizieren so allgemein, daß Offiziere der Garde sich um Eintritt in die Renault'sche Division beworben haben. Der „Messager du Midi“ meldet die am 19. Febr. Morgens erfolgte Ankunft von vier Kompagnien Truppen, die sofort am 20. nach Evon weiter befördert wurden. Dem „Loulonnais“ zufolge wurden am 18. die Schienen der Bahn von Marzeille nach Toulon bis zum Bahnhofe letzterer Stadt gelegt, so daß die Fahrten am 15. März beginnen können. Dem Publikum wird die Bahn erst im Mai zur Verfügung gestellt werden. Im Departement der Charente standen kürzlich zwei Kandidaten für die Deputiertenkammer einander gegenüber, von denen keiner zur Opposition gehörte. Dennoch hielt der Präfeld für es nöthig, Einen von ihnen ganz besonders durch folgendes Rundschreiben zu empfehlen: „Der Rath! Am 22. Januar werden Sie in Ihren Komitès zusammenzutreten, um einen Deputierten zu wählen. Ihre Vergangenheit ist Burge für Ihre Absichten; Sie werden für Hrn. G. Gellibert des Seguns, den vom Kaiser bezeichneten Kandidaten, stimmen. Wenn andere Kandidaten auftreten sollten, so würden Sie dieselben mit den Worten zurückweisen: „Die Charente ist dem Herrscher ergeben, welchen ihre Wünsche auf den Thron gerufen haben.“ Genehmigen Sie u. f. w. Der Präfeld, Chabonet.“ Seit 1853 besteht eine Kommission, welche die geeigneten Plätze zur Gründung neuer Gemeinden in der Umgegend von Annale in Algerien ausfindig machen soll. Von den vier Punkten, die als geeignet bezeichnet wurden, hat Sir Itabalu bereits vollständig seine Bevölkerung erlangt. Durch kaiserliches Dekret vom 16. Febr. wird nun sieben Kilometres nördlich von der Stadt und östlich von der Algierer Straße eine neue Gemeinde von 76 Feuerstellen gegründet, welche den Namen Guellet-Zerga führen, aus dem Dorfe dieses Namens und drei Weibern bestehend und 2432 Hektaren Gemüthung erhalten soll. Die „Tablettes des Deux Charentes“ melden, es stehe mit Wärschall Vosquet's Befinden so schlimm, daß an eine Uebernahme seines Kommandos auf geraume Zeit noch nicht zu denken sei. Die heutige Börse war wieder sehr beunruhigt. Man sprach von dem Briefe des Königs von Sardinen an den Kaiser der Franzosen. Unruhe erregte auch der Bericht, den gestern die Italiener meistens Flüchtlinge, dem Prinzen Napoleon abthatteten. An der Spitze derselben standen die Römer Sterbini und Galetti (früher römischer Bäcker und dann General der Nationalgarde), so wie der Neapolitaner Allosa, und der Venetianer Grillibini führte das Wort; der Prinz Napoleon verhehlte nicht, ihnen die tiefe Sympathie auszudrücken, die ihm das Schicksal Italiens einflöße. Heute Abend erscheint eine neue Broschüre von Vicomte de la Gueronniere, und zwar unter dem Titel: „La Foi des traités.“ — Ins Spital von Lambaz wurden am 6. Febr. vier Mitglieder der nämlichen Familie, Mutter, Sohn und zwei Töchter, welche plötzlich wahnsinnig geworden, gebracht. Dieselben waren in der Nacht vom 5. auf den 6. dem Pfarren in Savignac-Mona ins Haus gedrungen und wollten durchaus durch denselben von der ewigen Strafe, der sie verfallen seien, befreit werden. Nachdem sie mit Mühe und Noth aus der Pfarrei gebracht worden, überfielen sie den Pfarren von Neuem bei der Frühmesse, und es mußte die Gendarmen herbeigeholt werden, um den Pfarren vor Mißhandlungen zu schützen.

[Graf Walewski und die Konferenz.] Es ist nunmehr entschieden, daß Graf Walewski den Vorsitz der Konferenz führen wird. Doch wird in der politischen Welt das Verbleiben im Amte des Ministers des Auswärtigen als rein provisorisch betrachtet, und hält man allgemein dafür, daß derselbe den Schluß der Konferenz nicht lange überleben werde. Wenn aber Frankreich fest entschlossen ist, die Bejahung der Unions-Frage aufs Neue zu beantragen, so beabsichtigen andere Mächte, diese Bestrebungen mit nicht geringem Nachdruck zu bekämpfen. So hat man hier in Erfahrung gebracht, daß die englischen und preussischen Agenten in den Fürstenthümern beauftragt worden sind, eine strenge Untersuchung der Vorgänge bei der Doppelwahl des Obersten Coussa vorzunehmen und die Resultate dieser Nachforschungen ihren betreffenden Regierungen ohne Verzug zu übermitteln. Man hofft, daß diese Dokumente den Vertretern Englands und Preußens in der Konferenz Grund und Gelegenheit geben werden, die Wahl Coussa's als das, was sie ist, nämlich als Produkt auswärtiger Partei-Monövers, darzustellen. In diplomatischen Kreisen legt man übrigens nur geringe Hoffnungen auf diese Demonstration, wie auf die Ergebnisse der Konferenz im Allgemeinen.

[Religionsfreiheit in Frankreich.] Hr. Prevost Paradol hat seine Thätigkeit im „Journal des Débats“ mit einer sehr interessanten Beleuchtung der Religionsfreiheit in Frankreich wieder aufgenommen. Den Anlaß dazu giebt ein Prozeß in Gfah, welcher nicht nur die Lage der dort so zahlreichen Protestanten als eine wahrhaft verzweifelte erscheinen läßt, sondern auch eine Probe von der Verunreinlichkeit der heutigen französischen Justiz giebt, die sich gewissenlos vom bloßen Werkzeuge der katholischen Geistlichkeit herabwürdigt. Schon in erster Instanz wurde in Colmar der Protestant Bepner „wegen unbefugten Kolportirens“ verurtheilt, obwohl er nur einem katholischen Nachbar eine Schrift über die unbefleckte Empfängnis geliehen hatte. Bepner hatte gegen das Urtheil Berufung eingelegt, und am 15. Februar kam die Sache vor dem Appellationsgerichte von Colmar abermals zur Verhandlung. Als Thatbestand wurde festgestellt, daß Bepner der Tochter seines Nachbarn die fragliche Schrift für den letzteren übergeben hatte. Der Staatsanwalt erkannte an, daß Bepner im Uebrigen völlig unbescholten sei; aber es sei in Frankreich nicht zulässig, unter der katholischen Bevölkerung Proselyten zu machen. Die Strafe gegen Kolportage von Büchern, wenn dieselben nicht vorher ausdrücklich von den Behörden für diesen Zweck gestempelt seien, finde Anwendung, auch wenn nur eine einzige Schrift ausgetheilt worden sei. Das Appellationsgericht bestätigte das erste Urtheil. In der Motivierung wird entwickelt, daß das Gesetz vom 27. Juli 1849 nicht nur die obrigkeitliche Genehmigung für Kolportage, sondern auch für die bloßen Vertheiler von Büchern und Schriften vorschreibt, und daß es in seinen allgemeinen Ausdrücken selbst die Bestrafung eines einzelnen Falles von zufälliger Bücher-Austheilung gestattet, daß es keinen Unterschied zwischen bezahlter und nicht bezahlter, gewerblicher oder vereinzelter Bücher-Austheilung auf der Straße oder im Innern des Hauses macht; kurz daß es jeden Fall von Kolportage oder Bücher-Austheilung bestrafen wolle, dem Richter das Urtheil über die Strafbarkeit eines einzelnen Falles überlassend. Am Schlusse fällt dem Gerichte ein, daß alles Leiden von Büchern auf diese Weise der Kriminaljustiz anheimfallen würde, aber das Urtheil beseitigt diesen Einwand mit folgenden Worten: „Das Gesetz hat im Voraus erwogen, daß der Richter in seiner Weisheit mit den sträflichen Austheilungen nicht jene unschuldigen Austausch, jene wohlwollenden Mittheilungen von Büchern und Schriften verwechseln würde, welche jeden Tag zwischen den Bürgern stattfinden können.“ Man darf fragen, woher solchen Proben der Niederhaltung kaiserlicher Bestrebungen gegenüber französischen Blättern noch den Muth nehmen, gegen römische, englische und schwedische Intoleranz den Stein zu erheben. Von den tausend Placereien, denen die französischen Protestanten täglich von Seiten der Staatsbehörden unterworfen sind, dringt freilich nur äußerst wenig in die Oeffentlichkeit, da jede Klage als aufrührerisches Symptom geachtet ist. Der betreffende Prozeß wird übrigens jetzt in letzter Instanz an den Kassationshof gehen. (N. 3.)

[Der Suezkanal.] Das „Journal de l'Isthme de Suez“ bringt heute den Wortlaut eines am 14. Februar zwischen der Suezkanal-Gesellschaft und dem Hrn. Alphonse Hardon, Unternehmer in Paris, abgeschlossenen Vertrags zur Ausführung der Vorarbeiten. Hr. Hardon, besitzt es in dem genannten Blatt, Befürworter eines großen, durch Fleiß und Fähigkeit erworbenen Vermögens, von erprobter Geschicklichkeit und Erfahrung, übernimmt der Gesellschaft gegenüber die bestimmtesten Verpflichtungen, welche derselben unter der Bürgschaft einer Kaution von 1,200,000 Fr. die Ausführung der Arbeiten zu einem Preise sichern, der nicht über den Kostenanschlag hinausgehen darf, und die wahrscheinlichste Aufsicht auf einen ansehnlichen Rabatt bieten, indem der Unternehmer seinen Gewinn nur aus den erlangten Ersparnissen vom Kostenanschlage ziehen kann, und die Gesellschaft zu 3/4, oder 60 Proz. an diesen Ersparnissen Theil hat.“ Vorläufig ist das Anerbieten des Herrn Hardon für die erste Arbeitsphase, d. h. für die Ausführung des Schiffswasserkanals vom Nil bis Timah und eines Kanals zwischen beiden Meeren von 12 Meter Breite auf dem Bette und von 2 1/2 Meter Tiefe, angenommen. Die Kosten des Personals der Gesellschaft, der Ingenieure, Kondukteure, Aufseher der Studien und Nivelirungen fallen auch ferner der Gesellschaft unmittelbar zur Last.

[Rekrutirungsstatistik.] Der Statistiker Hr. v. Chastellur berechnet in folgender Weise die Normalzahl der jungen Soldaten, welche das französische Rekrutirungssystem jedes Jahr liefern kann: Die durchschnittliche Stärke der Altersklassen seit 1816 war 296,926. Vergleicht man die durchschnittliche Zahl der Eingeschriebenen mit der durchschnittlichen Zahl der männlichen Geburten (490,278), so ergibt sich, daß von je 100 Knaben sich circa 60.47 zu 20 Jahren stellen. Hiervon gehen ab: wegen nicht genügender Größe 7.51; allgemeiner Schwäche und Körpergebrechen 29.87; Brüder dienender Militärs u. 7.28; älteste Söhne von Witwen 6.88; älteste Söhne von 70jährigen oder blinden Vätern 0.54; Älteste von Waisen 1.25; Nachgeborene, mit Berechtigung der gebrechlichen Ältesten 0.08 Prozent; im Ganzen 53.41 Prozent. Nimmt man die durchschnittliche Zahl der jungen Leute sohin wie oben, zu 296,926 an, so liefert jede Altersklasse etwa 132,725 Rekruten.

Schweiz.

Bern, 19. Febr. [Die Zustände in Genf; das Dappenthal; die Wahlen in Tessin.] In Genf bereitet man, nachdem die Einschüchterungen der dortigen Oppositionspresse versucht worden, nun auch eine Manifestation gegen die ganze übrige Schweizer Presse vor, soweit sie in dem Verbrechen befangen ist, die Regierung des Herrn Fazy nicht für die bestmögliche zu halten. Am 16. d. waren die Mauern Genfs abermals mit Plakaten bedeckt, worin die dort anässigen Schweizer anderer Kantone zu einer Versammlung in das Wahlgebäude berufen wurden. Als Zweck waren die in einer angeblich vorbereitenden Versammlung gefassten Beschlüsse angegeben, dahin gehend: gegen die Infamtionen der Schweizer Presse in Betreff Genfs energisch zu protestiren und diesen Protest in Form eines Manifestes zur Kenntniß des Schweizer Volks zu bringen. Das unterschriebene Komitè besteht aus Personen, die fast alle zur Gesellschaft der berückichtigten fruitiers d'Appenzell gehören, so daß die neue Versammlung als ein Pendant zur Volksversammlung vom 31. Jan. erscheint. Die Versammlung hat denn auch wirklich am 17. d. stattgefunden. Es wurde ein Manifest verlesen, das den Schweizer Journalen zugesandt werden soll; es ist eine Protestation gegen „die nichtbegründeten (!) Beschuldigungen

gen, zu deren Echo ein Theil der Schweizer Presse sich gegen das Genfer Volk (d. h. gegen das Gouvernement des Herrn Fazy) gemacht habe.“ Hr. Vogt entwickelte dann einige Ideen des Manifestes in deutscher Sprache, und die im Ganzen sehr kalte Sitzung endete mit einer Einladung an die gegenwärtigen Schweizer zur Unterzeichnung der Protestation, worauf mehr als drei Viertel der Versammlung sich unmittelbar zurückzogen. Der Protest wird natürlich in der Meinung nicht das Geringste ändern, welche man sich in der übrigen Schweiz von dem gegenwärtigen Regiment in Genf wohlbegründet gebildet hat. Die Agitation, welche auch aus dem Schooße der „Helvetia“ gegen Fazy sich erhoben hat, scheint in diesen Kreisen keine weitere Ausdehnung nehmen zu wollen. Die bernische Sektion hat diese Agitation als ein „verwerfliches politisches Manöver, von dem einige Mitglieder der „Helvetia“ sich unflüggerweise fangen und bethören lassen“, einstimmig mißbilligt und von diesem Beschlusse sowohl der Genfer Sektion, als auch dem Centralkomitè des Vereins Kenntniß gegeben. — Bekanntlich hat neulich eine Gebietsverlegung im Dappenthal durch französische Truppen stattgefunden. Auf die Reklamation des Bundesraths hat nun das französische Ministerium geantwortet, daß es den Vorfall bedauere und die nöthigen Befehle ertheilt habe, damit solche Vorfälle sich nicht wiederholen. — Ueber das Wahlergebnis in Tessin ist bis heute in der Bundesstadt nur soviel offiziell bekannt, daß der Sieg der Liberalen außer allem Zweifel steht. Ein ultramontanes Blatt bringt zwar die telegraphische Nachricht, der neue große Rath werde 60 Konservative und 54 Liberale zählen. Dies kann aber schon aus dem Grunde nicht richtig sein, weil in mehreren Kreisen beide Parteien sich zu besonderen Wahlversammlungen konstituirten, die von ihnen getroffenen Wahlen aber unmöglich gültig sein können. Die letzte offizielle Mittheilung an den Bundesrath sagte, gewiß sei es, daß bis jetzt 57 Liberale (also gerade die Hälfte des großen Rathes), und 20 konservative Wahlen als gültig angesehen werden können. Auch über die einzelnen gewaltthätigen Vorgänge in mehreren Kreisen fehlen noch die genaueren Berichte. Briefe aus Tessin sagen nur, daß am Tage nach der Wahl ein fortwährendes Hin- und Hersprengen von Reiteren stattgefunden habe, welche Depeschen brachten. Der Hauptaufschlag der Unruhestörungen war Ponte Tresa, Sessa und Magliata. Ein Augenzeuge erzählt, daß sich die Magliata bewaffnet in Ponte Tresa eingefunden und, als man das Wahlbureau bestellte, auf das Bureau, bei welchem sich ein Fahnenträger befand, Feuer gegeben hätten. Der Fahnenträger blieb auf der Stelle todt, 14 andere wurden verwundet. Der liberale Oberst Stoppani, wahrscheinlich der Präsident der Wahlversammlung, soll einen Arm, der Sollektnehmer von Ponte Tresa drei Finger verloren haben. Auch in Sessa fielen Thätlichkeiten vor. (N. 3.)

Bern, 20. Febr. [Einstellung der Pferdeankäufe; Savoyen.] Sicherem Vernehmen nach haben die jadinischen Agenten für Pferde-Ankäufe in der Schweiz Auftrag erhalten, die Einkäufe einzustellen. Auf dem letzten Berner Markt war bereits ziemlich Stillstand im Pferdehandel nach dieser Richtung. — Eine Korrespondenz des „Bund“ aus Genf schreibt, daß die Bewohner der savoyischen Provinzen Chablais und Faucigny, welche beide in der Neutralitätsakte der Schweiz begriffen sind, durchaus nicht mit gleichgültigem Auge zusehen würden, wenn man sie Frankreich einverleiben wollte. Schon seit Jahren habe dieser Theil Savoyens die wärmste Anhänglichkeit für die Schweiz und die schweizerischen Institutionen.

Spanien.

Madrid, 20. Febr. [Die neapolitanischen Amnestirten] haben gestern an Bord eines amerikanischen Schiffes Cadix verlassen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 15. Febr. [Zur Bauernemanzipation; Witterung.] Die sechs Komitès, welche bis Ende vorigen Jahres ihre Arbeiten in der Bauernemanzipations-Angelegenheit beendet hatten, sind die der Gouvernements Krostoma, Nischegorod, Kowno, Grodno, Wilna und Petersburg, in welchen Gubernien zusammen 1,332,856 Gutsbesitzer-Bauern männlichen Geschlechts leben. Der Zeitdauer nach haben diese Komitès ihre Beratungen vollendet: Das von Krostoma in 175 Tagen, das von Nischegorod in 244, das von Kowno in 255, von Grodno in 262, von Wilna in 293 und das von Petersburg in 294 Tagen, wobei nicht zu vergessen ist, daß den Komitès der lithauischen Provinzen das statistische Material bereits fertig vorlag, während die anderen sich daselbe erst beschaffen mußten. Sedenfalls haben die Komitès der beiden Wolga-Gouvernements, Krostoma und Nischegorod am schnellsten gearbeitet; die angestrengteste Thätigkeit von Allen hat jedoch das Komitè von Nischegorod entwickelt. In keinem andern Gouvernement sind nämlich die sozialen Verhältnisse der Leibeigenen so verschiedenartig gestaltet, als im Gouvernement Nischegorod, welches den Hauptmarkt Rußlands in sich schließt und in welchem zwei der wichtigsten Ströme des europäischen Rußlands sich verbinden. In diesem Gouvernement giebt es Gegenden, wo man auf Strecken von 100 Werst keine menschliche Wohnung findet, andere wieder, die fast überfüllt erscheinen; da findet man Güter, in welchen an 20 Dessjatinen Landes auf die Seele kommen, während andere so arm an Ländereien sind, daß die Bauern den Landbau fast gar nicht kennen; der eine Landstrich zeichnet sich durch den fruchtbarsten Boden aus, der andere bildet nur eine öde Sandfläche; hier bestehen die Bauernhöfe aus großen Häusern mit 5 bis 7 Fenstern Front nebst Nebengebäuden, Gärten u., dort aus einzelnen elenden, veränderten Hütten, ohne Schornstein und regelmäßige Fenster, wo die Bauern im Winter zusammen mit ihrem Vieh leben, es giebt Dörfer, deren Bewohner ihre Hütten nie verlassen, außer um sich in die Kirche, oder auf den nächsten Jahrmarkt, oder zur Rekruten-Aushebung in die benachbarte Stadt zu begeben, während aus anderen die Bewohner in jedem Jahre schaarenweise auswandern, und zum Fischfang nach dem kaspischen See, oder als Arbeiter nach Petersburg, oder als Fuhrleute nach Leipzig, oder gar als Goldgräber nach Sibirien ziehen; hier giebt es Leibeigene, die Millionäre genannt werden können, und wieder andere, die bettelarm sind. Alle diese Verhältnisse waren zu erwägen, alle diese Verschiedenheiten in Anschlag zu bringen, um die bezüglichen Fragen zu beiderseitiger Befriedigung zu erledigen. Sonach hat sich das Komitè von Nischegorod unstreitig ein hohes Verdienst um die Ausführung der Emanzipations-Idee erworben und dürfte bei gleich gutem Willen der betreffenden Komitès die Angelegenheit

auch in den anderen Gouvernements leichter von Statten geben, als man vermuthet. — Der seit kurzem eingetretene Frost hält sich so ziemlich, obgleich wir noch lange russischen Winter haben. Merkwürdig ist, daß in dem fast 8 Grad südlicher gelegenen Tambow in der Mitte des vorigen Monats sehr starke Fröste, bis auf 27 Grad, waren, während hier das Thermometer kaum auf dem Gefrierpunkte stand. (H. N.)

Warschau, 21. Febr. [Das Erbpachtgesetz; Prophezeiungen; politische Studentenverbindung; Sprachangelegenheit.] Der von einem besonderen Komitee unter dem Vorsitz des Generals Uffall abgefaßte Gesetzentwurf zur Regulierung der bäuerlichen Verhältnisse im Königreich Polen, dessen Inhalt schon früher von Ihrer Zeitung ausführlich mitgeteilt ist, hat ohne alle Abänderung die kaiserliche Bestätigung erhalten und ist in diesen Tagen vom Administrationsrath des Königreichs im Namen des Kaisers als verbindliches Gesetz publiziert worden. Diesem Gesetz zufolge sollen die Grundbesitzer mittelst freiwilliger Verträge zwischen dem Grundbesitzer und dem Bauer in einen dauernden Zins und somit die bisherigen Grundbesitzer in Erbpächter verwandelt werden, denen es jedoch jeder Zeit freisteht, die ihnen in Erbpacht gegebenen Ländereien auf dem Wege des Kaufs als Eigentum zu erwerben. Es war in der That die höchste Zeit, daß die so wichtige Bauernfrage im Königreich Polen zu definitiver Lösung gebracht wurde, da in der letzten Zeit ungeduldet der auf eine Verschönerung der Bauern mit den Gutsherrn gerichteten Bestrebungen des landwirthschaftlichen Vereins an mehreren Orten sehr bedenkliche Symptome einer allgemeinen Unzufriedenheit der Bauern mit dem Grundbesitzverhältnis hervortraten. Zu diesen Symptomen gehört namentlich das häufige Auftreten von Propheten unter den Landeuten, welche den nahen Untergang der Welt prophezeiten, falls der auf den Bauern lastende Druck nicht bald von ihnen genommen würde. Indes wurden diese Aufwiegler von der Polizei überall bald zum Schweigen gebracht. — In Kiew ist unter den Studenten eine politische Verbindung unter dem Namen „Puristen“ entdeckt und die Untersuchung einer besonderen Kommission übertragen, die schon seit Neujahr dort thätig ist. Ueber das Resultat der Untersuchung verläuft indes noch nichts Bestimmtes. — Die von den polnischen Zeitungen seiner Zeit gebrachte Nachricht, daß Kaiser Alexander während seines Aufenthalts in Wilna den Gebrauch der polnischen Sprache als Unterrichtssprache in den litauischen Schulen gestattet, hat sich in dieser Ausdehnung nicht bestätigt. Die der polnischen Sprache vom Kaiser gemachte Konzession besteht lediglich darin, daß in den litauischen Schulen, in denen schon längst die russische Sprache die Unterrichtssprache ist, wöchentlich eine Stunde für den Unterricht in der polnischen Grammatik zum Zwecke der Vergleichung der polnischen Sprache mit der russischen und altslawischen eingelegt werden darf.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Febr. [Rückzahlung eines Anlehens.] Auf Vorstellung des Finanzministers hat der König mittelst Resolution vom 17. d. M. verfügt, daß das Ministerium den Restbetrag der unterm 23. Febr. 1849 mit dem Handelsbank Hambro und Sohn in London abgeschlossenen 5prozentigen Staatsanleihe zur Auszahlung den 1. September d. J. kündigt, sobald solches dem Anleihe-Kontrakte gemäß geschehen kann. Von dieser Anleihe sind noch circa 700,000 Pfd. ungetilgt.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 20. Febr. [Fürst Gouja] hat heute seinen Einzug in Bukarest inmitten einer unabsehbaren Menschenmenge, die Beifall rief, gehalten. Er begab sich sofort zur Kathedrale, und von dort zur Nationalversammlung, wo er der Eid ablegte. Auf eine Anrede des Metropolitens hat er mit wenigen feinen und patriotischen Worten geantwortet.

Sien.

Teheran, 31. Dez. [Der englische Kommissar zu Herat; General Duhler; der armenische Bischof von Isphahan; Verluste der deutschen Kolonie.] Das Gerücht, welches sich von Ermordung des englischen Kommissars zu Herat verbreitet hatte, findet glücklicherweise keine Bestätigung. Es hatte gegen ihn zwar eine sehr lebhaft demonstrative Stimmung geherrscht, und der Pöbel hielt sein Haus mehrere Stunden hindurch belagert, doch war es den Autoritäten der Stadt gelungen, die Emeute zu unterdrücken, und so war es dem Repräsentanten Englands möglich geworden, bei Nachtzeit Herat zu verlassen. — Der Schah hatte dem General Duhler eine wichtige Mission ertheilt. Er hatte ihn beauftragt, sich nach Arabistan zu begeben, um daselbst die persischen Grenzfestungen zu reorganisieren und einen neuen Festungsgürtel anzulegen, um Iran für die Zukunft gegen die Einfälle der unterworfenen Stämme zu schützen. — Der armenische Bischof von Isphahan wurde vom Schah in einer Audienz empfangen, wobei ihm mehrere längst nachgesuchte Vortheile für seine Kirche zugesprochen worden. — Die europäische Kolonie, welche erst kürzlich den Kummer erfährt, einen gelehrten Franzosen, den Dr. Barthélemy, seit langer Zeit bei der Quarantäne zu Trebifond und Arzt der russischen Gesandtschaft, zu verlieren, hatte einen neuen Verlust zu beklagen, indem M. Houry, ausgezeichnete Orientalist, Lehrer der französischen Sprache, Literatur und Geschichte bei dem persischen Erprinzen und an der Militärschule zu Teheran, am 17. Dez. nach einer kurzen Krankheit verstorben war. Houry hatte sich durch sein Verdienst und seine Charaktergüte die Sympathien aller seiner Landsleute erworben. Alle Mitglieder der europäischen Kolonie haben ihn bis zu seiner letzten Ruhestätte begleitet.

— [Erwartete Reformen.] Man spricht hier von großen Reformen, die sich gegenwärtig in der politischen Organisation Persiens vorbereiten. Nazir-Eddin-Schah widmet den größten Theil seiner Zeit Unterredungen mit Ferit Khan, dem früheren Gesandten zu Paris, um die besten Mittel ausfindig zu machen, wodurch Persien dem Fortschritt und der europäischen Zivilisation erschlossen würde. Bis jetzt befindet man sich freilich noch in statu quo. Jedoch dürften die beabsichtigten Reformen wohl in der That nicht mehr lange auf sich warten lassen, da ziemlich feststeht, daß Ferit Khan erster Minister oder Sadragam werden wird, obgleich Andere sagen, daß er das Portefeuille des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen werde. Nazir-Eddin-Schah ist ein aufgeklärter Fürst, der bei großer Bildung, die er selbst besitzt, auch den Wunsch hegt, daß diese Bildung Gemeingut seiner Nation werde. Man glaubt, daß er die ausgezeichnete, von Kaiser Napoleon in einem eigenhändigen Schreiben anerkannte Befähigung jenes geschickten Diplomaten zu benutzen wissen wird, um das iranische Reich nach europäischem Zuschnitt zu kultivieren. Es ist bekannt, daß Ferit Khan es war, der zuerst einen elektrischen Telegraphen zwischen Teheran und Kal-Gar (dem Garten der Klapetrofen), einem kaiserl. Vergnügungsorte errichten ließ. Auch hat er mehrere sehr wichtige Handelsverträge mit fremden Mächten zum Abschluß gebracht, und unter Anderem auch einer Gesellschaft Schweizer verstatet, eine große Uhren-Niederlage zu Teheran in der dortigen Emir-Karavanserai zu begründen. Zwischen ihm und den Fremden, zumal den Franzosen, bestehen sehr freundschaftliche Beziehungen, was um so wichtiger ist, da der ganze frühere Ein-

fluß Mirza Aga Khans gegenwärtig auf Ferit Khan übertragen worden ist.

Hongkong, 30. Dez. [Niederlage der Rebellen; die Expedition Lord Elgins; Falschmünzer.] In der Umgegend von Ningpo ist die Ruhe augenblicklich wieder hergestellt. Die Kaiserlichen, nachdem sie ein Rebellenheer von 5—6000 Mann geschlagen, richteten eine große Zahl Gefangener hin, unter andern auch einen der Chefs des Aufstandes. — Das Ereigniß, welches hier alle Gemüther der Europäer in Bewegung setzt, ist die Expedition des Lord Elgin auf dem Yang-tse-kiang. Der Zweck dieser Expedition ist gänzlich unbekannt, aber man ergeht sich täglich in zahlreichen Konjekturen. Im Allgemeinen behauptet man, daß der englische Bevollmächtigte Ordre empfangen habe, das ganze vom Yang-tse bespülte Land zu besichtigen und eine exakte und authentische Karte aufzunehmen, auf der alle strategischen Werke der Chinesen an den Ufern des gedachten Flusses verzeichnet wären. Auch versichert man, daß Lord Elgin dem tatarischen Gouvernment versprochen habe, die chinesische Insurrektion zu unterdrücken, wogegen China dem britischen Gouvernment als Belohnung ein beträchtliches Territorium überweisen wolle. So viel steht fest, daß es bereits zu Kämpfen zwischen dem Elgin'schen Geschwader und den Insurgenten gekommen ist, und ein so eben eingetroffener Brief meldet, daß es in Folge derselben zu einem Verträge zwischen den Repräsentanten des Königs Tai-ping und dem englischen Ambassadeur gekommen sei. Es scheint, daß der Baron Gros der Expedition des Lords eine große Wichtigkeit beilegt, da er, statt unverzüglich nach Europa zurückzukehren, wie es anfangs sein Wille war, sich jetzt dafür entschieden hat, bis zur Rückkehr des Lord Elgin in China zu verweilen. — In Shanghai selbst hatte man eine Falschmünzerbande entdeckt, die ihr Gewerbe großartig betrieb. Es gehörten nicht weniger als 70 Personen dazu. Die Soldaten, welche sie bei Ausübung ihres Geschäfts gefangen nahmen, führten zugleich alle ihre Geräthschaften und Werkzeuge mit fort. Ihr Unternehmen ging darauf aus, 1000 gute Münzen in 1500 falsche zu verwandeln, wobei sie nach Abzug der Kosten einen Nettogewinn von 25 Prozent hatten.

— [Niederlage der Rebellen.] Der Bombay-Korrespondent der „Times“ hat über das (vorgestern erwähnte) Treffen ein Telegramm von Mr. W. Russell aus Lucknow, 21. Jan., erhalten: „Am 14. wurden die Rebellen unter Nurput Singh von Dennis aus Kyrrer vertrieben, als sie einen Eingang in Rohilkund zu erzwingen suchten. Walpole zersprengte sie und tötete 300, darunter seinen alten Feind Nurput Singh.“ — Lord Ganning hat Allahabad verlassen und soll am 22. d. in Kalkutta eingetroffen sein.

Amerika.

Newport, 5. Febr. [Der Senat zu Washington nahm am 2. Febr. eine Resolution an auf Vorlegung der etwaigen Korrespondenz, die mit Preußen gepflogen worden wegen zwangsweiser Einstellung neutralisirter amerikanischer Bürger für das preussische Heer.

Haiti, St. Domingo, 22. Jan. [Der neue Präsident der Republik Haiti, General Gessard, hat dem Präsidenten der dominikanischen Republik den Sturz Soulouque's offiziell angezeigt und dabei die Versicherung ertheilt, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit jener Republik eine seiner ersten Regierungshandlungen sein werde. Ein im haitischen „Moniteur“ veröffentlichtes Dekret des Generals Gessard öffnet dem auswärtigen Handel die unter Soulouque für denselben geschlossenen Häfen: St. Marc, Miragoane, Aquin und Port de Paix.

Kanada, — [Eröffnung des Parlaments.] Die zweite Session des sechsten kanadischen Parlaments ist von dem General-Gouverneur am 29. Januar in Toronto eröffnet worden. Die Eröffnungsrede betrifft nur Angelegenheiten von innerem Interesse. Der General-Gouverneur theilt der Legislatur mit, die Königin habe beschlossen, den Regierungssitz nach Quebec (Q) zu verlegen, und spricht die zuversichtliche Erwartung aus, daß dieselbe sich bei der Wahl der Königin beruhigen werde. In Aussicht gestellt wird die Ausführung eines Planes, die britisch-nordamerikanischen Kolonien durch ein Föderatband zu vereinigen, worüber ein Schriftwechsel stattgefunden hat, welcher der Legislatur vorgelegt werden soll. Endlich wird versprochen, den Zolltarif auf den möglichst befriedigenden Fuß zu stellen. Schon während der Rede erfolgten mannichfache Aeußerungen des Mißvergnügens, und als der General-Gouverneur das Parlaments-Gebäude verließ, wurde er mit Cheers, denen ebenfalls Grinsen und Zischen folgte, begrüßt. — Nach einer telegraphischen Depesche aus Halifax vom 3. Febr. hat auch der Gouverneur von Nova Scotia bei der an dem Tage erfolgten Eröffnung der Legislatur von dem Plane, die britisch-nordamerikanischen Provinzen durch eine Föderal-Verfassung zu vereinigen, gesprochen. Außerdem wurde eine die verschiedenen Kolonien verbindende Eisenbahn in Aussicht gestellt.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

[Interpellationen.] Im Herrenhause hat der Graf Ziegler zwei Interpellationen an das Staatsministerium eingebracht. Die eine, unterstützt von 50 Mitgliedern des Hauses, bezieht sich auf die bereits mehrfach von dem Interpellanten im Herrenhause gestellten und von diesem zum Theil angenommenen Anträge: für die östlichen Provinzen der Monarchie auf eine Verbesserung des bestehenden Erbrechts an Grundstücken und eine freiere legittime Disposition der Grundbesitzer über ihre liegende Habe hinzuwirken. Da nun über diesen Gegenstand weder eine Gesetzesvorlage, noch sonst eine Mittheilung an das Herrenhaus von der Staatsregierung gelangt ist, so wird durch die Interpellation die Letztere um Auskunft darüber erucht: was bisher in der Sache geschehen ist und welche Maßnahmen in Aussicht stehen möchten. — Die zweite Interpellation, unterstützt von 25 Mitgliedern des Hauses, gründet sich auf den von dem Interpellanten in der vorigen Session eingebrachten und von dem Herrenhause angenommenen Antrag, die Staatsregierung um die geeigneten Maßnahmen für die Verrechnung der Bauerngüter in Matrizen zu ersuchen. Die Interpellation erucht jetzt die Staatsregierung um Auskunft: was in der Sache geschehen ist und was von der betreffenden Vorlage an die Landesvertretung zu erwarten steht.

Haus der Abgeordneten.

[Berlin, 23. Febr.] Vor überfüllter Tribüne fand heute die 16. Verhandlung des Abgeordnetenhauses statt. Als neues Mitglied war der Abg. Dr. v. Miegowski eingetreten. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Finanzkommission über den Gesetzentwurf wegen anderweitiger Einrichtung des Amts- und Zeitungsverkaufs, doch wurde dieser Gegenstand von der Tagesordnung entfernt, weil der Finanzminister zu erscheinen verhindert war, da er einer Kommissionsjournale im Herrenhause bewohnen mußte. Bei Beratung und Erledigung verschiedener Petitionen verweilte die Versammlung längere Zeit bei einem von den Städten des Kreises Bittow eingereichten Gesetzentwurf. Nach

diesem in acht Artikeln zusammengefaßten Entwurfe sollen in dem Kreise Bittow mit einem noch zu bestimmenden Tage die bisher gültig gewesen, das Privatrecht betreffenden Provinzialgesetze, namentlich die durch die Verordnung vom 14. Oktober 1773 eingeführten westpreussischen Rechte (das preussische Landrecht von 1721 und die Inkorporation für die westpreussische Regierung vom 21. September 1773) außer Wirksamkeit gesetzt werden; es sollen nur noch einige im Provinzialrecht für Westpreußen enthaltene, speziell angeführte Bestimmungen, so wie verchiedene, dem preussischen Provinzialrechte angehörige Verordnungen in Kraft bleiben; es ist ferner das Verhältniß der Eheleute, welche sich vor dem Tage der Einführung des neuen Gesetzes verheirathet haben, in dem Entwurfe geregelt, die Rechtswirkung der Verjährung nach dem Zeitpunkt ihrer Vollendung speziell bestimmt, und die Suspension einzelner in den drei ersten Titeln des zweiten Theiles des Allgemeinen Landrechts enthaltener Bestimmungen aufgehoben. Die Kommission hat den Antrag gestellt: In der Erwartung, daß der Herr Justizminister auf baldige Aufhebung des preussischen Landrechts vom Jahre 1721, und der damit im Zusammenhange stehenden Provinzialgesetze, insbesondere der Regierungsinstruktion vom 21. September 1773, in denjenigen Landestheilen, in welchen diese Gesetze noch in Kraft stehen, Bedacht nehmen, und die legislativen Einrichtungen hierzu treffen wird; daß ferner die Staatsregierung überhaupt darauf Bedacht nehmen wird, Provinzialrechte, so weit sie ohne Bedürfnis bestehen, zu beseitigen, zur Tagesordnung überzugeben. Bei der Abstimmung ward nur der erste Theil angenommen.

[Petitionsbericht.] Dem Hause der Abgeordneten ist der zweite Bericht der Kommission für das Gemeinwesen über drei Petitionen erstattet worden. Die wichtigste und prinzipiell bedeutendste ist folgende:

Das Rittergut Kul, im Kreise Soest, ist Eigentum eines jüdischen Grundbesizers Jakob Ebb zu Gadenhoff. Dieser hat im Jahre 1856 die Zulassung zur Ausübung der Kreislandtschaft bei allen administrativen Instanzen vergeblich nachgesucht. Die k. Regierung zu Arnsberg hat ihn beschieden: daß der Artikel 12 der Verfassungsurkunde, wonach der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse ist, nicht ohne Weiteres die Bestimmungen der älteren Gesetze über die Kreis- und Provinzialverfassungen wegen Ausschließung der Bekenner einer andern als der christlichen Religion von der persönlichen Wahrnehmung der Landtschaft aufgehoben habe; daß nach dieser höheren Orts ausgesprochenen Auslegung der Gesetze die Abschrift des §. 6 sub a. der westfälischen Kreisordnung vom 13. Juni 1827 als fortbestehend und der Antrag als unbegründet anzusehen sei. Der Minister des Innern v. Westphalen, hat diesen Bescheid als einen „begründeten“ bestätigt. Der v. Ebb bittet nunmehr: das Haus wolle ihm dahin beistehen, daß die erlangenen Bescheide abgeändert und die ihm zustehenden Rechte ihm nicht länger vorenthalten werden. In der Kommission wurde zunächst beantragt: die Petition der k. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und dieser Antrag durch Hinweisung auf Art. 12 der Verfassungsurkunde, §. 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1853 und auf die seiner Zeit im Kreise Soest erfolgte Einführung der Kreisordnung vom 11. März 1850 begründet. Der Kommissionsbericht des k. Ministeriums des Innern erklärte sich jedoch zu der nachstehenden Mittheilung ermächtigt: die Staatsregierung habe bei eingehender Prüfung der bisher gegen die Zulassung jüdischer Rittergutsbesitzer zu Kreis- und Provinzial-Landtagen geltend gemachten Gründe die Ueberzeugung gewonnen, daß die letzteren bei richtiger Interpretation der bestehenden Gesetze anhaltbar seien, daß die Gesetze vielmehr die Frage, ob jüdische Rittergutsbesitzer zur Ausübung ständischer Rechte befähigt seien, unentschieden zu Gunsten der Juden entschieden. Demzufolge habe die Staatsregierung die verfassungsmäßige Berechtigung jüdischer Rittergutsbesitzer zur Ausübung der Landtschaft auf Kreis- und Provinzial-Landtagen unbedingt anerkannt und die Provinzialbehörden dieserhalb mit entsprechender Weisung versehen. Die Kommission nahm diese Erklärung des Regierungskommissars mit Befriedigung entgegen und erachtete, daß für die Gewährung des erbetenen Beistandes des Hauses kein Anlaß mehr vorliege, indem der Petent der Befriedigung seines Anspruchs in Gemäßheit der Beschlüsse der k. Staatsregierung und der diese Beschlüsse ausführenden Anordnungen entgegen gesehen dürfe. Aus diesem Grunde hat die Kommission für das Gemeinwesen, während sie auch ihrerseits den Anspruch des Petenten gefällig begründet findet, beschlossen, dem hohen Hause bezüglich der Petition des jüdischen Rittergutsbesizers Ebb den Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen.

[Petition.] Der zweite Bericht der Kommission für Finanzen und Zölle des Abgeordnetenhauses theilt eine Petition eines Eigentümers Müller aus dem Kreise Krefeld mit, die wegen ihrer Motivierung interessant ist. Das Petition lautet: „Die Verwendung des Ueberflusses (in den Einnahmen des diesjährigen Staatshaushaltsetats) von 1,800,000 Thlr. zur Ermäßigung der Klassensteuer und nicht zur Verbesserung der bei spärlicher Lebensweise völlig ausreichenden Gehalte unserer Beamtenheeres.“ Der Petent hält nämlich die Gehalte der Beamten, nachdem die Ueberwindung der ersten Lebensbedürfnisse ihr Ende erreicht haben, für völlig ausreichend, sofern nur die Beamten sich eines spärlichen Lebens befleißigen, und ihre Einnahmen nicht mit ihren Frauen und Töchtern auf Ballen und Kränzen vergeuden“ wollten.

[Antrag.] Die Abgeordneten Heintzenmacher und Genossen haben den Antrag eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die k. Staatsregierung zu ersuchen: dafür Sorge zu tragen, daß in Winterpommern der Weiterbau der Stargard-Kolberger Eisenbahn von Belgard über Schneidemühl auf Posen mit einem direkten Anschlusse dieser Bahn an die Häfen von Rügenwalde und Stopp-Münde ausgeführt werde.

Militärzeitung.

Die gegenwärtige Taktik und Organisation der franz. Armee. I. Den jüngst aus der Feder eines höheren jüdischen Offiziers in der „Allg. Mil. Ztg.“ veröffentlichten „Militärischen Briefen aus Frankreich“ entnehmen wir, als für den gegenwärtigen Augenblick gewiß zu beherzigen, die nachfolgenden Bemerkungen, wobei wir absichtlich, mit Auslassung der weniger auf das augenblickliche Interesse bezüglichen Stellen, die wörtlichen Mittheilungen des Verfassers hier wiedergeben.

Das Hauptbestreben der Franzosen, sagt derselbe, besteht bei allen ihren Bewegungen darin: 1) überall den Feind unter Kreuzfeuer zu erhalten; 2) flucht, und so schnell wie möglich, ihn in der Flanke anzugreifen, während ein Theil ihrer Streitkräfte ihn zugleich in der Front beschlößt. Diese taktischen Grundsätze scheinen mir in der französischen Armee förmlich eingeprägt zu sein, und selbst die Formationen sind in Rücksicht darauf entworfen. Um z. B. gegen die attackirende Kavallerie ein Kreuzfeuer möglich zu machen, formiren die Bataillone das Quarrée de front, das heißt, daß sie sich statt der Flanken die Enden zuwenden (quarrée oblique), wodurch einmal eine gegenseitige Vernichtung vermieden, zweitens aber ein sehr wirksames Feuer ermöglicht wird. Am liebsten machen sie jedoch gegen feindliche Kavallerie folgende Formation: ein deployirtes Bataillon giebt Frontfeuer, zwei in Quarréeform stehende Bataillone decken die Flanken desselben und geben Flankenfeuer; die dahinter haltende Batterie Artillerie bricht, so wie die Attacke abgewiesen ist, durch die Lücken vor und schießt mit Kartätschen auf den sich zurückziehenden Feind, und die Kavallerie paßt auf, um jede Umkehr derselben zu verhindern.

In Bezug auf das Tirilliren wollen die Franzosen durchaus den Chef der Schützenkompanie unabhängig vom Bataillonskommandeur haben, so daß, so wie der Letztere befehligt: „Vollgeurkompanie vor!“ der Chef derselben allein die zur Deckung des Bataillons nöthigen Maßregeln ergreift. Sie behaupten, der Bataillonskommandeur habe im Geiste zu viel mit der Ordnung des Bataillons zu thun, als daß er sich um die Schützen speziell bekümmern könne, und eine Abhängigkeit des Schützenkapitans lähme dessen Wirksamkeit, außerdem aber komme er ja nie aus der Hand seines Bataillonschefs, da im Feuergefecht alle Kommandos an das Bataillon durch Signale gegeben würden, also für ihn zugleich mit normirten. Giner gleichen Selbstständigkeit dem Divisionkommandeur gegenüber erfreuen sich die Führer der Jägerbataillone, überhaupt aber ist überall das Bestreben sichtbar, die Soldaten um so freier und selbständiger zu machen, je mehr man von ihrer Leistungsfähigkeit und Waffenwirkung beansprucht. Ein anderer Unterschied bei den Franzosen besteht darin, daß die deployirten Bataillone niemals in ganzer Front avanciren, sondern die Flügelkompanien abbrechen lassen, und so nur sechs Züge (Kompagnien) in der Front haben. Nicht ein Bataillon für sich allein, so rückt die Vollgeurkompanie vor, die Grenadierkompanie macht „Galt“ und dient als Reserve; nicht ein Bataillon mit anderen zusammen, so halten sie schon deshalb das Abbrechen der Züge für notwendig, um auf den fliegenden Raum für das Vorbrechen der Artillerie zu schaffen, um keine zu dünnen Frontlinien zu bilden, um gegen Ueberzahlungen der feindlichen Kavallerie gegen ihre Flanke durch einfaches Einschwenken der Züge gerichtet zu sein.

In der Regel marschirt, z. B. wenn eine Umgehung gemacht wird, das äußerste Flügelbataillon, um sich und die anderen Bataillone vor unerwarteten Kavallerieangriffen zu decken, in Quarréeform, so daß bei einem wirklichen Kavallerieangriff die anderen Bataillone schnell die quarrée in echelon nachvoll-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Die Bewegungen eines einzelnen französischen Bataillons scheinen unregelmäßig, ja fast ungeordnet, das Zusammenwirken einer Division, eines Armeekorps und mehrerer zu einander ergeben sich dagegen immer als in höchstem Grade geordnet, einheitlich und regelmäßig.

Posen, 24. Febr. [Stadttheater.] Gestern gab Fräul. v. Bose vom Dresdener Hoftheater ihre letzte Gastrolle vor einem ungeachtet der erhöhten Preise sehr zahlreich versammelten Publikum. Sie hatte für diesen Abend neben einer Wiederholung des „Schattentanzes“ und der „Baudaretta“, als neu die berühmte Tanzscene aus dem 3. Akt der Oper „Robert der Teufel“ gewählt, und bewährte in dieser eben so schönen als schwierigen Scene alle die trefflichen Eigenschaften aufs Neue, welche wir in Bezug auf schöne Naturbegabung und reiche allseitige Kunstausbildung schon bisher an ihr zu rühmen hatten. Die Leistung selbst ließ uns zunächst bedauern, daß die Verhältnisse ein Einstudiren der ganzen

△ N. Bul., 22. Februar. [Mangelschaffe Postverbindung.] Durch das Aufhören der direkten Briefpost zwischen Kletkiewitz und Tarnowo bekommen jetzt alle die Gutsbesitzerherrschaften, die von Tarnowo Postfiachen holen, die Berliner Postfiachen 12—24 Stunden später. Dadurch, daß die Stadt Bul ihre Postfiachen über Stenzawa bezieht, bekommt sie, so wie die Züge sich einmal verspäten, ihre Berliner Postfiachen 24 Stunden zu spät. Dies ist diesen Winter häufig geschehen. Ein Brief von einem Gute an der Bulser Straße nach Bul geht gewöhnlich zwei Tage. Alle diese Uebelstände sind so fühlbar geworden, daß eine Petition aller Betheiligten ernstlich vorbereitet wird, um eine direkte Postverbindung zwischen Posen und Bul zu erlangen. Unser schwer heimgesuchte Stadt, die aller Schauffeen gänzlich entbehrt und die einzige kleine Stadt in der Nähe der Provinzialhauptstadt ist, die keine direkte Postverbindung mit derselben hat, wäre dies wohl zu gönnen, und wir hoffen sehr, daß die desfalls erprobene Bitte Gewährung finden werde, da die k. Ober-Postdirektion ja sonst so gern dantenswerthe Kündsch auf billige Wünsche zu nehmen pflegt.

△ Kröben, 23. Februar. [Unterstützung; Holzpreise u.] Es verdient dankbare Anerkennung, daß die k. Regierung in diesen Tagen den hiesigen evang. Lehrer mit einer Unterstützung von 12 Thlr. bedacht hat; ebenso ist

HOTEL ZUR KRONEN. Die Kaufleute Schamotulski aus Pinne, Brandt aus Rawicz, Vincus aus Grünberg, Heilborn aus Gnesen, Beradt und Frau Wollstein aus Grätz.

ein bisher nicht gesehenes Gedeihen der Pflanzen aller Anweisungen offerirt für 12½ Sgr. in **Kamerau** bei **Schöned i. Pr.**

 **300 Winterchafe**
zur Zucht tauglich, verkauft Dom
Borek nach der Schur.
Anfragen
franko.

